



Zeitung
der Schweizerischen
Friedensbewegung

Unsere Welt

Unsere Welt
Schweizerische Friedensbewegung
Postfach 2113, 4001 Basel

33. Jahrgang
Nr. 4 – 2010
Solidaritätsbeitrag: Fr. 2.–

Aus dem Inhalt

Verkaufte «Peace Now» seine Seele?	3
Felicia Langer zum Achtzigsten	3
An der Seite Haitis	4
Neue Herausforderungen für Kuba	5
Cuban Five: Hey Mr. Obama, Yes You Can!	6
Somalia: Aufbauhilfe statt Zerstörung	7
USA: Freiheit für Mumia!	8



«Nato bedeutet Krieg», meint die junge Teilnehmerin an der grossen Protestkundgebung gegen den NATO-Gipfel vom 20. November in Lissabon. Foto Gérard Verdon.

Anmerkungen zur neuen NATO-Strategie

(Un)Sicherheitskakophonie

Am 19. November 2010 unterzeichneten die versammelten Staats- und Regierungschefs beim NATO-Gipfeltreffen in Lissabon ein neues Strategisches Konzept, das die bisherige Fassung aus dem Jahr 1999 ersetzt.

Von Jürgen Wagner

Hochtrabend kündigte NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen einen grossen Wurf an, den er griffig auf die Formel brachte, man würde damit «NATO 3.0» einläuten und hierdurch die Allianz grundlegend neu aufstellen. Damit hatte sich der NATO-Chef, der darauf bestand, die Strategie persönlich abzufassen, ganz offensichtlich aber verhoven. Denn in dem Dokument bleibt vieles im Vagen, was darauf hindeutet, dass sich die NATO-Staaten entweder in zahlreichen Kernpunkten nicht auf bindende Massnahmen einigen konnten oder bewusst konkrete Pläne schuldig bleiben wollten, um sich vor allzu grosser Kritik zu immunisieren – vermutlich war es eine Kombination aus beidem.

Dennoch findet sich im Strategischen Konzept genug, um sich Sorgen zu machen. Zu nennen ist hier vor allem die zahllosen aufgeführten «Bedrohungen», gegen die sich das Bündnis künftig buchstäblich zu rüsten gedenkt, sowie der Aufbau NATO-eigener «ziviler» Planungskapazitäten und damit die forcierte Instrumentalisierung nicht-militärischer Akteure und Instrumente. Auch die erhebliche Aufwertung der Europäischen Union als «strategischer Partner» der NATO deutet auf eine noch stärkere künftige Verzahnung beider Organisationen hin, die aus friedenspolitischer Sicht alles andere als begrüssenswert ist.

Demgegenüber wurde und wird viel Aufhebens um die neue Partnerschaft mit Russland gemacht, von der aber genauer besehen ebenso wenig übrig bleibt, wie von den Bekenntnissen zur nuklearen Abrüstung.

Ausufernde Bedrohungsszenarien

Die NATO setzte nun eine schlechte Tradition fort, die bereits mit dem ersten Strategischen Konzept nach dem Kalten Krieg ihren Anfang nahm, das seinerzeit 1991 in Rom verabschiedet wurde. Schon damals wurden hinter jeder Ecke Gefahren entdeckt – «multidirektionale Bedrohungen», wie es hiess –, die die weitere Existenz des Bündnisses ebenso wie hohe Rüstungsausgaben rechtfertigen helfen sollten.

Auch im aktuellen Konzept wird betont, man lebe in einer «unvorhersehbaren Welt» (para. 1), um gleich darauf ein ganzes Bündel an Bedrohungen aufzuzählen: die Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln, Terrorismus, «Instabilität und Konflikte ausserhalb der NATO-Grenzen» und so weiter (para. 9-11). Neu ist die explizite Aufzählung von Cyberangriffen (para. 12) sowie Klimawandel und Wasserknappheit (para. 15). Darüber hinaus fand die Sicherheit der Energieversorgung sowie von Handelswegen zwar auch früher bereits Erwähnung, aber bei weitem nicht so ausführlich wie in der aktuell verabschiedeten Fassung: «Alle Länder

sind zunehmend abhängig von vitalen Kommunikationsmitteln sowie Transport- und Transitrouten, von denen die internationale Handels- und Energiesicherheit abhängt. Dies erfordert grössere internationale Anstrengungen, um die Widerstandsfähigkeit gegenüber Attacken oder Unterbrechungen zu gewährleisten.» (para. 13) Deshalb müsse die NATO «die Kapazitäten entwickeln, um zur Energiesicherheit beizutragen, einschliesslich dem Schutz kritischer Infrastrukturen und Transitgebieten und -Routen.» (para. 19)

Was gänzlich fehlt, ist eine irgendwie geartete Hierarchisierung dieser unzähligen Bedrohungen. Während der im Mai 2010 veröffentlichte Bericht «NATO 2020» der von Rasmussen beauftragten Hochrangigen Gruppe noch den Versuch unternommen hatte, einzelne Aspekte Artikel 5 des Nordatlantik-Vertrages (gleichbedeutend mit einem militärischen Angriff), andere Artikel 4 (erfordert lediglich Konsultationen über das weitere Vorgehen) zuzuordnen, entfällt eine solche Gewichtung im nun verabschiedeten Konzept. Es bleibt eine völlige Beliebigkeit, die schliesslich auch zur Folge hat, dass das daraufhin beschriebene Einsatzprofil mit all diesen Bedrohungen umzugehen gedenkt – ohne dass adressiert würde, woher die hierfür notwendigen Finanzmittel herkommen sollen, um die fehlenden Kapazitäten aufzubauen.

Comprehensive Approach

Ungeachtet (hoffentlich) sinkender Rüstungsausgaben hält die NATO am

Fortsetzung Seite 2

Ja zum Frieden! Nein zur Nato!

Schon im Januar hatte sich in Portugal in Vorbereitung auf den NATO-Gipfel ein Aktionsbündnis aus über 100 Organisationen gebildet und unter der Losung «Paz sim! NATO não!» (Frieden ja – Nato nein!) in den vergangenen Monaten eine umfangreiche Palette von Veranstaltungen organisiert, auf denen Themen behandelt wurden wie: Rückführung aller portugiesischen Truppen aus den NATO-Missionen, Schliessung aller Militäreinrichtungen der NATO im Land und Abzug aller NATO-Soldaten, Abrüstung und Beseitigung aller Atom- und Massenvernichtungswaffen, Auflösung der NATO.

Höhepunkt der Kampagne war die grosse Anti-NATO-Demonstration vom 20. November im Zentrum von Lissabon, bei der 30 000 Menschen ihre Ablehnung des Kriegspakts zum Ausdruck brachten und folgende Erklärung verabschiedeten:

1. Die NATO ist ein aggressives Militärbündnis, das gegenwärtig die grösste Bedrohung für den Frieden und die internationale Sicherheit darstellt.
2. Indem sie die Rechte der Völker mit Füessen tritt, gegen die nationale

Souveränität verstösst und das Völkerrecht aushöhlt, hält die NATO die Welt als Geisel des Rüstungswettlaufs, der Kriegsgefahr und des nuklearen Terrors.

3. Die NATO ist verantwortlich für grausamste Verbrechen, für das Auslöschen unzähliger Menschenleben, für die Zerstörung von Ländern und Ressourcen.

4. Während Tausende Menschen an Hunger und vermeidbaren Krankheiten zu Grunde gehen und unter dem Vorwand der Krise und der Bekämpfung des Haushaltsdefizits die Lebensbedingungen und die Rechte der Arbeitnehmer geschleift werden, steigt der Rüstungsetat der NATO-Mitgliedstaaten stetig an – insgesamt belaufen sich die Rüstungsetats der NATO-Mitgliedstaaten auf zwei Drittel der weltweiten Militärausgaben.

5. Die grossen Verantwortlichen für die Verschärfung der wirtschaftlichen und sozialen Lage im In- und Ausland sind dieselben, die den Rüstungswettlauf, die Militarisierung der internationalen Beziehungen und den Krieg vorantreiben,

6. Portugal, das noch zu Zeiten des

Fortsetzung auf Seite 2

Undichte Stellen

Der Wirbel um die Internetplattform «Wikileaks» dürfte Ihnen nicht entgangen sein. Wikileaks veröffentlicht seit 2007, geheime Dokumente aus aller Welt und sorgte so für einiges an Kopfschmerzen.

Der Zweck der Plattform ist, diejenigen zu unterstützen, welche unethisches Verhalten von ihren eigenen Regierungen und Unternehmen enthüllen wollen. Zum Schutze der Datenlieferanten wurde ein Verschlüsselungs-System geschaffen, bei dem der Absender nicht zu ermitteln ist.

Das ist eine gefährliche Sache für all die Institutionen, welche etwas zu verbergen haben und die sich ihrer Mitarbeiter nicht sicher sein können. Also, Geheimdienste, Militär, Regierungen und so weiter. Da es offenbar nicht möglich ist die eigenen Lecks zu stopfen, wird seit 2009 versucht, die Plattform mittels Zensur zu stoppen. So haben einige Länder den Zugang zu Wikileaks gesperrt. Sperrungen im Internet sind aber zu umgehen und wirken nicht weltweit. Der US-Geheimdienst CIA hat deshalb bereits im März dieses Jahres andere Methoden beschrieben, wie man sich der Sache entledigen könnte. Das geheime Dokument landete allerdings ebenfalls auf Wikileaks. Unter Anderem geht es darum, der Plattform die wirtschaftliche Grundlage zu entziehen. Die Folge: Zahlensysteme wie PayPal, Mastercard und Visa stellten den Zahlungsverkehr mit Wikileaks ein. Wie weit der Arm von Uncle Sam reicht, ist daran zu erkennen, dass die schweizerische PostFinance ein bestehendes Konto geschlossen hat. Die Post beruft sich auf eine Bestimmung, die am 30.11.2010 im Ständerat zwar angenommen, im Nationalrat aber noch gar nicht behandelt wurde. Die Bestimmung schafft der Post Möglichkeiten, Geschäftsbeziehungen aufzuheben, die dem öffentlichen und dem sittlichen Empfinden zuwiderlaufen. Im Übrigen erklärt die Post, dass dies im Interesse eines sauberen Finanzplatzes Schweiz sei.

Das Postkonto der Schweizerischen Friedensbewegung wurde bisher nicht gesperrt. Mit dem beiliegenden Einzahlungsschein können Sie sich Ihr Abonnement von «Unsere Welt» für das nächste Jahr sichern.

Schweizerische Friedensbewegung SFB, 4001 Basel, PostFinance Konto 40-1627-7

Ruedi Moser, Sekretär SFB

Fortsetzung von Seite 1

bisherigen ambitionierten Ziel fest, die «Fähigkeit zwei andauernde grössere Operationen und mehrere kleinere Operationen zur kollektiven Verteidigung und Krisenreaktion auch in ferner Distanz aufrecht zu erhalten.» (para. 19) Zwar wird die Verpflichtung auf die Verteidigung des Bündnisgebietes mehrfach als wichtige Aufgabe unterstrichen, dennoch wird unmissverständlich klar gemacht, dass künftig im Ausland die Musik spielen wird. «Wir müssen die Doktrin und die militärischen Fähigkeiten für Auslandseinsätze weiter ausbauen, einschliesslich Aufstandsbekämpfung- sowie Stabilisierungs- und Wiederaufbaumaissionen.» (para. 25)

Angesichts der gravierenden Probleme in Afghanistan erhofft sich die NATO von zwei Aspekten künftig «bessere» Ergebnisse, was den «erfolgreichen» Abschluss von Aufstandsbekämpfungsoperationen anbelangt: Die frühzeitige Einbindung und Instrumentalisierung ziviler Kapazitäten («Comprehensive Approach») soll die Effektivität der Einsätze massiv erhöhen. Der Aufbau einheimischer Repressionsorgane (Sicherheitssektorreformen) – also von Armeen und Polizeien – soll das westliche Militär entlasten und deutlich geringere Truppenstationierungen erfordern.

Im Konzept finden sich beide Aspekte wieder, die eine der wichtigsten Neuerungen darstellen: «Die Lehren aus den NATO-Operationen, besonders auf dem Balkan und in Afghanistan, machen deutlich, dass eine umfassende politische, zivile und militärische Herangehensweise für ein effektives Krisenmanagement erforderlich ist.» (para. 21) Erstmals wird darüber hinaus im Konzept der Aufbau NATO-eigener ziviler Planungs-kapazitäten anvisiert: «Wir werden [...] angemessene aber moderate zivile Krisenmanagementkapazitäten herausbilden, um uns besser an zivile Partner anknüpfen zu können. [...] Diese Kapazitäten können auch dafür verwendet werden, zivile Aktivitäten einzusetzen oder zu koordinieren.» (para. 25) Kurz gesagt: ungeachtet der massiven Proteste nahezu sämtlicher ziviler Organisationen massiert sich die NATO an, diese künftig nach ihrem Gutdünken für ihre militärischen Kriegsziele wortwörtlich herumzukommandieren und damit der Instrumentalisierung ziviler Akteure in Krisengebieten Tür und Tor zu öffnen.

Afghanistan spielt im Konzept selbst kaum eine Rolle, sondern wurde am zweiten Tag separat abgehandelt. Kernelement ist derzeit der Versuch, die Zielgrösse der afghanischen Polizei und Armee von ursprünglich einmal 160 000 nun schnellstmöglich auf 400 000 hochzuschrauben. Dies soll es ermöglichen, ab nächstem Jahr mit der Übergabe der Kriegsführung an die afghanischen Kräfte beginnen zu können, ein Prozess, der nach derzeitigen Verlautbarungen 2014/2015 abgeschlossen sein und damit zum westlichen Abzug führen soll. Allerdings pfeifen es die Spatzen bereits von den Dächern, dass dieser Plan so nicht aufgehen wird. Ein Bericht nach dem anderen betont bereits jetzt, dass weder die afghanische Armee noch die Polizei auf absehbare Zeit auch nur annähernd in der Lage sein werden, das Land unter Kontrolle zu bringen. Dennoch sollen die Kapazitäten für Sicherheitssektorreformen, die in Afghanistan eher ad hoc zusammengeschustert wurden, künftig systematisch aufgebaut und auch in anderen Regionen zur Anwendung gebracht werden: «Wir werden Kapazitäten zum Training und Aufbau lokaler Kräfte in Krisenzonen entwickeln, damit lokale Autoritäten in der Lage sind, so schnell wie möglich die Sicherheit auch ohne internationale Hilfe aufrecht zu erhalten.» (para. 25)

CAMPANHA EM DEFESA DA PAZ E CONTRA A CIMEIRA DA NATO EM PORTUGAL

campanha@pazsimnatonao.org
www.pazsimnatonao.org

Transatlantische Treuesschwüre

Schon in den letzten Erklärungen der NATO-Gipfeltreffen war die Bedeutung der Europäischen Union erheblich aufgewertet worden. Hintergrund sind die immensen wirtschaftlichen und militärischen Probleme der USA, die Washington wenig andere Optionen lassen, als den Versuch zu unternehmen, die «Lasten der Weltordnungspolitik» stärker auf die europäischen Verbündeten zu verlagern. Im Gegenzug beanspruchen die EU-Staaten mehr Mitspracherechte im Bündnis, in dem bislang die USA die erste und nahezu einzige Geige gespielt haben. Ferner erwarten die EU-Verbündeten, dass Washington seinen Widerstand gegen eine weitere Militarisierung der Europäischen Union, die auch Kapazitäten herausbildet, um Kriege notfalls ohne die USA führen zu können, aufgibt.

...bis zum Feldeinsatz

Dieses Bündel wurde im neuen Strategischen Konzept mehr oder weniger konkret adressiert, indem es heisst: «Die NATO erkennt die Bedeutung einer starken und fähigeren europäischen Verteidigungsfähigkeit an.» Anschliessend ist die Rede von einer «strategischen Partnerschaft zwischen der NATO und der EU» und – entscheidend – vom «Respekt vor der Autonomie und institutionellen Integrität beider Organisationen.» (para. 32) Mit anderen Worten: Implizit wird hier von Washington akzeptiert, dass die Europäische Union eigene Wege im Militärbereich gehen kann, solange sie dieses Zugeständnis mit einer grösseren Unterstützung der USA im Rahmen von NATO-Operationen zurückzahlt. Schon heute arbeiten beide Organisationen «vor Ort» teils eng zusammen, etwa bei der Aufstandsbekämpfung im Kosovo oder dem Aufbau von Repressionsorganen in Afghanistan. Diese Zusammenarbeit soll offenbar systematisch ausgebaut werden, wenn es im Konzept heisst: «Wir werden [...] unsere praktische Kooperation bei Operationen im gesamten Spektrum an Kriseneinsätzen ausbauen, von der koordinierten Planung bis hin zum Feldeinsatz.» (para. 32)

Gleichzeitig wird auch ein Kerninteresse der USA angesprochen, nämlich der Appell an eine «fairere Lastenverteilung» (para. 3), die dazu führen soll, dass Washington nicht mehr länger den Grossteil der Kosten trägt. Wie dies allerdings umgesetzt werden soll, bleibt das Konzept schuldig.

Liebesgrüsse an Moskau?

Viel Aufhebens wird um die neue Partnerschaft mit Russland gemacht. Und in der Tat sind die Ausführungen gegenüber dem Bericht «NATO 2020» deutlich abgemildert worden, wo noch vor einem aggressiven Russland explizit gewarnt worden war. Allerdings sollte dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass in der Substanz kaum Zugeständnisse an Moskau gemacht wurden.

Dies betrifft insbesondere eine weitere Expansion der NATO nach Osten. Hier wird auch im neuen Konzept eindeutig festgehalten, dass «die Tür für eine NATO-Mitgliedschaft weiter völlig offen bleibt.» (para. 27) Zwar wurde es vermieden, im selben Paragraphen die aus Sicht Moskaus zwei problematischsten Kandidaten – die Ukraine und Georgien – hierbei explizit zu benennen, dies wird allerdings wenig später nachgeholt: «Wir werden [...] die Partnerschaften mit der Ukraine und Georgien innerhalb der NATO-Ukraine- und NATO-Georgien-Kommissionen weiterentwickeln.» (para. 35) Diese beiden Kommissionen wurden explizit als Heranführungsmechanismen für beide Länder an eine NATO-Mitgliedschaft geschaffen, weshalb diese Passage wenig zu Moskaus Beruhigung beitragen dürfte. Die Äusserungen, eine Partnerschaft mit Russland anstreben zu wollen, werden dadurch unglaubwürdig. Russland erhält ausserdem weiterhin keinerlei substantielle Mitentscheidungsrechte an der NATO-Politik. Der Medwedew-Vorschlag für einen Euro-atlantischen Sicherheitsvertrag, der dieses ermöglicht hätte, findet keinerlei Erwähnung.

Kostspieliger Raketenschild

Eine der wichtigsten Passagen des neuen Konzeptes bezieht sich auf das Bekenntnis, einen NATO-Raketenabwehrschild aufzubauen. «Wir werden [...] die Kapazität entwickeln, um unsere Bevölkerung und Territorium gegen ballistische Raketenangriffe zu schützen.» (para. 19) Damit scheint endgültig die Entscheidung gefallen, dass die Teile der US-Raketenabwehr, die in Osteuropa stationiert werden sollen, in ein gemeinsames NATO-System überführt werden. Ob und wie russischen Vorbehalten gegenüber einer Raketenabwehr entsprochen wird, ist bislang noch offen.

Die Formulierung im Konzept ist insofern wichtig, als bisher die NATO primär mit einer Regionalen Gefechtsfeldraketenabwehr (Theater Missile Defence) geliebäugelt hatte, die ausschliesslich zum Schutz von im Ausland stationierten Soldaten in der Lage ist. Die nun gewählte Formulierung «Schutz der Bevölkerung und des Territoriums» bedeutet eine – zugleich kostspieligere – Nationale Raketenabwehr, die das gesamte Bündnisgebiet abdecken soll.

Insofern sind die von NATO-Generalsekretär Rasmussen ins Spiel gebrachten Kosten von 147 Mio. Euro bzw. 200 Mio. Euro pure Luftnummern. Mit diesem Geld ist es lediglich möglich, existierende – und aus den nationalen Budgets separat zu finanzierende – Kapazitäten miteinander zu verbinden. Schon vor Jahren hatte die NATO eine Machbarkeitsstudie anfertigen lassen, in der sie zu dem Ergebnis kam, die nun anvisierte «High-End-Lösung» werde Gesamtkosten von etwa 20 Mrd. Euro verursachen (Raketenabwehr: beschlossen, Geopowers.com, 05.03.2007).



Participe e divulgue!

Lippenbekenntnisse zur nuklearen Abrüstung

Auch das Bekenntnis zur nuklearen Abrüstung im neuen Strategischen Konzept ist ein schlechter Witz. Denn gleich darauf wird betont: «Solange es Atomwaffen geben wird, wird die NATO eine nukleare Allianz bleiben.» (para. 17) Mehr: der «Wert» nicht nur der amerikanischen, sondern auch der französischen und britischen Atomwaffen wird im selben Atemzug explizit gewürdigt (para. 18).

Gleichzeitig finden die im Rahmen der nuklearen Teilhabe weiterhin in 5 NATO-Ländern (darunter Deutschland) stationierten US-Atomwaffen keinerlei Erwähnung. Auch werden keine bindenden Abrüstungsschritte vorgeschrieben, die Modernisierung des Atomwaffenarsenals geht also weiter und die NATO wird ebenfalls nicht von ihrer bisherigen Strategie abrücken, ggf. Atomwaffen in einem Konflikt als erste einzusetzen («First-use»).

Geheimniskrämerei

Trotz so mancher konkreter Aspekte, das neue Strategische Konzept ist vor allem ein bunter Strauss an (Un)Sicherheit, aus dem sich jeder mehr oder weniger beliebig bedienen können wird. Wie – und ob überhaupt – die NATO diese Kakophonie zu ordnen gedenkt und Prioritäten festlegen will, bleibt im Dunkeln, obwohl dies schon allein deshalb erforderlich wäre, da nicht genug Ressourcen für sämtliche anvisierten Aufgaben zur Verfügung stehen werden.

Aufschlussreich hätte hier das parallel zur NATO-Strategie erarbeitete mehrere hundert Seiten umfassende geheime Dokument sein können, das dem Strategischen Konzept angehängt ist. Es enthält einem Bericht der New York Times (30.09.2010) zufolge die militärische Feinausplanung auf Basis der im Strategischen Konzept vorgenommenen Bedrohungsanalyse. Schon die Ausplanung des Strategischen Konzeptes erfolgte ungeachtet aller Versprechungen hinter verschlossenen Türen. Nicht einmal Parlamentarier, geschweige denn die Zivilgesellschaft wurden in den Prozess mit einbezogen. In Deutschland bekamen bspws. lediglich die Obleute des Aussen- und Verteidigungs-Ausschusses den Entwurf zu Gesicht, der erstmals Ende September zirkulierte und danach mehrfach überarbeitet wurde. Sie wurden jedoch zu Stillschweigen verpflichtet – ein offener und transparenter Prozess, wie er versprochen wurde, sieht jedenfalls anders aus. Diese Geheimniskrämerei gilt scheinbar noch stärker für das dem Konzept angehängten Dokument: «Wenn Sie glauben, das Strategische Konzept sei geheim, dann machen Sie sich keinerlei Vorstellungen darüber, wie geheim das operationelle Papier ist und bleiben wird», zitiert die New York Times einen ungenannten osteuropäischen Diplomaten.

Aus:IMI-Analyse 2010/040; Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.; www.imi-online.de. Mit freundlicher Genehmigung des Autors.

Fortsetzung von Seite 1

faschistischen Regimes zu den Gründungsmitgliedern der NATO gehörte, lebt seit sechs Jahrzehnten in Abhängigkeit von diesem kriegerischen Bündnis und von den Interessen der USA sowie der mächtigsten Staaten der Europäischen Union.

7. Die aktive Teilnahme der portugiesischen Regierung an den Mächenschaften der Nato steht im klaren Widerspruch zu den Prinzipien der portugiesischen Verfassung und der auch von Portugal unterzeichneten Charta der Vereinten Nationen, als da wären: Souveränität, Unabhängigkeit, Nichteinmischung, Nichtangriff, friedliche Lösung von Konflikten, Gleichheit unter den Staaten; Abschaffung des Imperialismus, des Kolonialismus und jeglicher anderer Form von Aggression, Vorherrschaft und Ausbeutung; Abrüstung, Auflösung der politisch-militärischen Blöcke. (...)

9. Das Eintreten für den Frieden und der Kampf gegen den Krieg ist Teil und notwendige Voraussetzung für die Gewährleistung von Fortschritt und die soziale Gerechtigkeit der Völker. (...)

12. Die Erringung des Friedens durch das portugiesische Volk ist eng verbunden mit dem Kampf für die Verbesserung der Lebensbedingungen der portugiesischen Arbeiter. (...)

14. In Anerkennung der zahlreichen Initiativen, der umfassenden Teilnahme und der an den Tag gelegten Einheit der beteiligten Organisationen, die die Kampagne «Paz sim! NATO não!» auszeichnen, verpflichten sie sich, die pazifistische und antiimperialistische Bewegung fortzuführen und zu stärken und sich aktiv zu beteiligen am Kampf:

gegen die NATO und ihre kriegstreiberischen Ziele;

für den Abzug der an NATO-Militärmissionen beteiligten portugiesischen Soldaten;

für das Ende der ausländischen Militärstützpunkte und der NATO-Einrichtungen auf portugiesischem Boden;

für die Auflösung der NATO;

für Abrüstung und das Ende von Atom- und Massenvernichtungswaffen;

für die Einhaltung und Umsetzung der portugiesischen Verfassung und der Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen bezüglich des Völkerrechts und der Souveränität und Gleichheit der Völker.

Lissabon, 20. November 2010



«Peace Now» verkauft seine Seele

Wer lacht denn hier?

«Eine Katastrophe» riefen die Höflinge des Königs von Hannover. «Sieben berühmte Professoren der Göttinger Universität haben eine Protesterklärung gegen Euch veröffentlicht!»

Das war vor 173 Jahren. Der König hatte die liberale Verfassung aufgehoben, die von seinem Vorgänger erlassen wurde.

«Na, und?» erwiderte der König, «Nunten, Tänzer und Professoren kann ich immer kaufen.»

Von Uri Avnery

Diese Geschichte wurde mir von Yeshayahu Leibowitz erzählt, der selbst Professor von einem halben Dutzend sehr verschiedener Fächer war, von Bio-Chemie bis zur Philosophie der Naturwissenschaften. Er sah viele seiner Kollegen mit tiefer Verachtung an.

Er erzählte mir diese Geschichte, als wir besonders über einen Professor sprachen: Shlomo Avineri, der gerade damit einverstanden war, als Generaldirektor des Aussenministeriums unter Minister Yigal Allon zu dienen. Allon war der Autor des «Allon-Planes», der die Annexion weiter Teile der besetzten Gebiete vorsah.

Kürzlich veröffentlichte Avineri einen Artikel mit der Überschrift «Faschismus? Dass ich nicht lache!»

Was liess ihn lachen? Das (für ihn) lächerliche Argument, dass es in Israel faschistische Tendenzen gebe. Er erinnerte uns daran, dass Faschismus Gestapo, KZs und Genozid bedeutet. Wie konnten wir das vergessen?

Avineri ist ein respektierter Professor, ein Experte für Hegel und Zionismus. Er ist auch ein kühner Kämpfer gegen die «Post-Zionisten» und andere Mistkerle, die den klassischen Zionismus kritisieren.

Ich frage mich, wenn 1923 irgend jemand seinem Vater in der polnischen Stadt Bielsko erzählt hätte, in der bayrischen Stadt München habe ein Spinner mit einem lustigen kleinen Schnurrbart den Leuten mitgeteilt, er habe die Absicht, Diktator Deutschlands zu werden und Polen zu überfallen, dann hätte er auch ausgeföhrt: «dass ich nicht lache!»

In jenen Tagen kamen überall in Deutschland kleine «völkische» Gruppen auf, die ähnliche Forderungen stellten, den Juden die Staatsbürgerschaft zu entziehen, die Juden aus ihrer Nachbarschaft zu vertreiben und einen Eid der Treue gegenüber dem Reich als dem Nationalstaat der Deutschen (einschliesslich der Österreicher natürlich) einzuföhren.

Zu jener Zeit wurden diese Gruppen ausgelacht. Konnte sich denn jemand vorstellen, dass ein zivilisiertes Land, die Nation von Goethe, Schiller und Kant – und auch Hegel – diese Wahnsinnigen an die Macht bringen würde?

Nach einigen Jahren fanden sich viele von denen, die damals lachten, in Konzentrationslagern wieder, wo sie dann reichlich Zeit zum Nachdenken hatten und sich selbst sagten: wenn wir rechtzeitig die Faschisten gestoppt hätten, statt zu lachen, dann wäre dies nicht geschehen.

Fragen um Peace Now

An dem Tag, an dem Avineri mit sich kämpfte, nicht zu lachen, war auch etwas anderes Unlustiges veröffentlicht worden.

Es hiess, dass eine Delegation von «Peace-Now-Führern», angeführt von ihrem Generaldirektor Yariv Oppenheimer, sich mit dem stellvertretenden Aussenminister Danny Ayalon getroffen habe.

Das Ereignis dieses Treffens und vor allem ihr Ziel lässt einige Fragen hochkommen.

Danny Ayalon gewann die Aufmerksamkeit der Welt, als er den türkischen Botschafter kommen liess und ihn auf einem niedrigen Sofa

Platz nehmen liess, während er laut israelischen Reportern erklärte, es sei seine Absicht, die Türkei zu demütigen.

Es ist schwierig, den Grad der Dummheit dieses infantilen Tuns und des Mannes, der dies tat, zu messen. Die öffentliche Demütigung einer stolzen Nation, die eine strategische Schlüsselposition in unserer Region inne hat, führte zu einer Reihe von Ereignissen: die türkische öffentliche Meinung wandte sich gegen Israel, ein türkisches Schiff segelte nach Gaza, und sein gewaltsames Kapern verursachte einen weltweiten Sturm; die Türkei verbündet sich jetzt wieder mit dem Iran und Syrien – und die Geschichte ist noch nicht vorüber. Es stimmt zwar, Ayalon machte das nicht alles allein, aber ihm gebührt sein Teil des Ruhmes.

Wie konnte es diesen «Frieden Jetzt-Führern» in den Sinn kommen, ausgerechnet diesen Mann zu treffen und ihm so Legitimität gewähren?

Und nicht nur ihm. Es könnte behauptet werden, dass Ayalon als Dorftrötel bekannt ist, so dass man ihm kein Mass an Legitimität anheften kann. Aber hinter Ayalon steht bedrohlich der Mann, der ihn ernannt hat: Aussenminister Avigdor Lieberman.

Lieberman ist internationales Symbol des Rassismus, ein Siedler und Verteidiger der Siedler. Der Hauptassistent von Netanyahus Bemühungen, den Frieden zu zerstören und die Besatzung zu verewigen. Genau jetzt gibt er Netanyahu den Vorwand, gegen den Siedlungsbaustop zu sein und die Friedensverhandlungen mit den Palästinensern zu torpedieren.

Viele Aussenminister der Welt weigern sich, Lieberman zu treffen. Kein arabischer Führer gibt ihm die Hand. Die Ägypter hassen ihn, für die Palästinenser ist er ein Symbol des Bösen. Er kann sich in einer geachteten internationalen Gesellschaft nicht sehen lassen.

Um Himmels Willen, was veranlasste die «Frieden-Jetzt-Führer», diese Person zu legitimieren?

Feigenblatt

Das Thema des Treffens ist sogar noch erstaunlicher. Wie berichtet wird, schlug Peace Now eine «Kooperation» mit dem Aussenministerium vor. Es würde für dieses gut sein – sagten sie ihren Gastgebern, Peace-Now-Material in aller Welt zu verteilen, um zu zeigen, dass Israel nicht nur ein Staat der Besatzung und der Siedlungen sei, sondern auch der Friedensaktivisten. Dies würde das Image des Staates verbessern und dem Aussenministerium helfen, die Kritiker zum Schweigen zu bringen.

Mit anderen Worten: die «Peace-Now-Führer» sind bereit, als Feigenblätter der Netanyahu-Regierung und Liebermans Aussenministerium zu dienen. Sie bieten ihm ein Alibi an.

Die Peace-Now-Bewegung geniesst in aller Welt einen guten Ruf. Die Leute erinnern sich an die riesige Demonstration nach dem Sabra- und Shatila-Massaker. Es besteht weltweit der Eindruck, dass dies die einzige Friedensbewegung in Israel sei. Die Weltmedien behandeln sie grosszügig, während alle anderen israelischen Friedenskräfte praktisch von ihnen ignoriert werden.

Deshalb ist dieses Treffen so gefährlich. Viele in aller Welt werden

sich sagen: wenn Peace Now sich mit Liebermans Leuten trifft und ihnen Zusammenarbeit anbietet, kann sie ja nicht so schlecht sein.

So dient Peace Now Lieberman, wie Shimon Peres und Ehud Barak Netanyahu dienen und wie Shlomo Avineri zu seiner Zeit Yigal Allon diente. Der König von Hannover wusste, worüber er sprach.

Kollaps der Friedensbewegung

Wie kam Peace Now / Frieden jetzt zu diesem Punkt?

Ich bin nicht gegen die Bewegung. Im Gegenteil. Ich schätze ihren Kampf gegen die Siedlungen. Sie hat sich zwar nicht dem Boykott der Produkte der Siedlungen angeschlossen, die wir vor 12 Jahren begonnen haben, aber sie überwacht die Bauaktivitäten in den Siedlungen und macht die Welt darauf aufmerksam. Dies ist eine bedeutende und sehr lobenswerte Aktion.

Das Problem ist, dass diese Bewegung, die einmal Hunderttausende mobilisieren konnte, heute nur noch ein paar hundert auf die Beine bringt.

Dies kann dem allgemeinen Kollaps der israelischen Friedensbewegung seit 2000 angerechnet werden, als Ehud Barak erklärte: «Wir haben keinen Partner für Frieden.» Aber der Fall von Peace Now verdient eine besondere Analyse.

Die Bewegung entstand 1978, als es schien, Menachem Begin lasse die Sache schleifen und reagiere nicht genügend positiv auf Anwar Sadats historische Friedensinitiative. Begin, von Beruf und dem Wesen nach ein Rechtsanwalt feilschte über jedes kleine Detail. So bestand die Gefahr, dass die einzigartige Gelegenheit verpasst werden würde. Die Demonstrationen der jungen Peace-Now-Bewegung half, Begin in die richtige Richtung zu stossen.

Der Höhepunkt von Peace Now's Erfolg war die «Demonstration der 400 000» nach dem Sabra- und Shatila-Massaker im ersten Libanonkrieg. Selbst wenn die Zahl übertrieben wurde, war es eine riesige Demonstration und einzigartig auf ihre Weise, die einen wirklichen Aufstand von Israels öffentlicher Meinung ausdrückte.

Aber dieser Erfolg hatte einen Preis. Am Vorabend des Krieges gingen Shimon Peres und Yitzhak Rabin, die Führer der Arbeiterpartei, zu Begin und drängten ihn, mit dem Krieg zu beginnen. Und siehe da, diese beiden erschienen als Hauptredner beim Peace Now-Protest. Es war ein Deal. Peace Now gab den beiden ein Kosher-Zertifikat und die Laborpartei brachte dann die Massen ihrer (damaligen) Anhänger auf den Platz.

Es erinnerte mich an den Deal, den Faust mit Mephistopheles machte, als Dank für den materiellen Erfolg verkaufte er seine Seele.

Strategie hat versagt

Die Strategie von Peace Now war nicht ohne Logik.

Dies wurde von Tsali Reshef erklärt, der während einiger Jahrzehnte der wirkliche Führer der Bewegung war. 1992, als Rabin 415 islamische Aktivisten an die libanesische Grenze deportierte, fand in Tel Aviv eine öffentliche Debatte über die passende Antwort statt. Ich schlug vor, Protestzelte gegenüber dem Amtssitz des Ministerpräsidenten aufzuschlagen und dort zu bleiben, bis den Deportierten erlaubt werde, zurückzukehren. Reshef wies dies zurück und sagte offen: «Peace Now wendet sich an eine grosse Öffentlichkeit, und wir sollten nichts tun, das sie von uns wegzieht. Avnery kann es sich leisten, all die richtigen Dinge zu sagen. Wir können uns diesen Luxus nicht leisten.»

Wir genehmigten uns den Luxus, bauten Zelte auf und blieben dort – Tag und Nacht bei Temperaturen unter Null. (In diesen Zelten wurde Gush

Shalom geboren). Während der Jahre übernahm Peace Now nach und nach unsere Position an, aber immer erst nach einer Verzögerung von Monaten oder Jahren. So übernahm sie verspätet die Zwei-Staaten-Lösung, die Notwendigkeit mit der PLO zu reden, das Prinzip der zwei Hauptstädte in Jerusalem, etc.

Diese Strategie würde legitim gewesen sein, ja sogar gerechtfertigt – hätte sie sich bewährt. Aber im wirkli-

chen Leben, geschah genau das Gegenteil: die Massen verliessen Peace Now, und jetzt ist die Bewegung – wie wir alle – in einer verzweifelten Nachhut-Schlacht engagiert gegen die wachsende Flut des rechten Flügels.

Und anders als Professor Avineri – empfinde ich keine Neigung zum Lachen.

(Aus dem Englischen: Ellen Rohlf, vom Verfasser autorisiert und von der UW mit Zwischentiteln versehen.)

Felicia Langer zum Achtzigsten

Ad Meaessrim!

Felicia Langer, Menschenrechtsanwältin, Trägerin des Alternativen Nobelpreises, Ehrenbürgerin von Nazareth – und gern gesehene und gehörte Referentin bei der Schweizerischen Friedensbewegung, feierte am 9. Dezember 2010 ihren 80. Geburtstag. Wir dokumentieren das Glückwunschsreiben von Abi Melzer, von der deutschen «Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost».

Von Abi Melzer

Wenn ich nicht wüsste, dass Felicia Religionen nicht mag und von Religionsstiftern nichts hält und von ihnen nichts hören und mit ihnen nichts zu tun haben will, würde ich sie mit Martin Luther vergleichen, der in Worms vor dem Kaiser und den Landesfürsten seine Glaubensthesen widerrufen sollte und es nicht getan hat mit dem berühmten Ausspruch: Hier stehe ich, ich kann nicht anders.

Nein, Martin Luther ist sicherlich kein Vorbild, aber seine berühmte Aussage, die von seinem Mut gezeugt hat, ist uns erhalten geblieben. Und Felicia ist so eine Frau, die ihr Leben lang das getan hat, was getan werden musste und was sie persönlich tun musste, weil sie nicht anders konnte.

Auch sie hat sich für ihren Einsatz für Recht und Gerechtigkeit, für ihren Zorn und ihrer unnachgiebigen Kritik, die manche «radikal» nennen, den Zorn der angepassten Zionisten gezogen und derjenigen, die keine eigene Meinung haben, neutral bleiben wollen und damit erst Recht mitschuldig sind an dem gewaltigen Verbrechen des israelischen Volkes an seinen palästinensischen Nachbarn.

Jeder sieht nur das, was er sehen will. Felicia hat aber auch immer das gesehen, was man sehen musste, weil es in aller Öffentlichkeit geschah und man in Israel sogar darauf stolz war: Die Entrechtung der Palästinenser, die Ermordung ihrer politische Führung und die zum Himmel stinkende Selbstgerechtigkeit der israelischen Gesellschaft, die immer rassistischer wurde und heute rassistischer ist, als die Deutschen im Jahre 1938. Felicia hat das alles schon vorausgesehen und während mancher sich vor Jahren über die Oslo-Verträge freute, hat Felicia schon damals gesehen, was daraus werden wird: Ein Betrug an den Palästinensern und eine Irreführung der israelischen Gesellschaft, einer Gesellschaft, die ununterbrochen nach Frieden ruft, ja, man kann sagen, schreit und immer wieder Kriege vorbereitet.

Felicia hat das alles kommen sehen und hat mit ihrer Kritik nicht aufgehört den Israelis und ihren Politikern die Leviten zu lesen. Allein, es hat nichts genützt und sie musste schliesslich ihre Anwaltspraxis in Israel schliessen, weil sie sich vom rassistischen und völkerrechtswidrigen Besatzungssystem nicht benutzen lassen wollte als Alibi für eine nicht vorhandene Demokratie, für nicht vorhandene Gerechtigkeit und Recht für Palästinenser, die zu ihren Klienten gehören. Sie war die erste israelische Anwältin, die Palästinenser vor den israelischen Militärgerichten verteidigte und sie musste mit ansehen, wie man dort das Recht mit Militärstiefeln zertreten hat.

Sie verliess Israel und lebt seit zwanzig Jahren in Deutschland, wo



Felicia Langer, 1990 Trägerin des Alternativen Nobelpreises. Foto: Archiv Right Livelihood Award Stiftung

sie inzwischen zur moralischen Stimme des anderen, anständigen Israel geworden ist, so gering es zahlenmässig auch ist. Auch hier machte sie vor allem als Fürsprecherin palästinensischer Anliegen von sich reden. Wobei es ihr niemals darum ging, die palästinensische Würde zu retten, sondern ihre eigene und die der anderen Juden und Israelis. Es ging ihr, wie es uns allen geht, um ihre und um unsere Würde, die von den Israelis tagtäglich verletzt und beschmutzt wird. Dafür kämpft sie und dafür gebührt ihr unser Dank.

Sie hat den Alternativen Nobelpreis bekommen, das Bundesverdienstkreuz und manch andere ehrenvolle Preise. Die höchste Auszeichnung bekommt sie freilich immer wieder durch ihre und unsere Gegner, die sie mit Schaum vor dem Mund diffamieren und bekämpfen und damit nur sich selbst entwürdigen.

Felicia feiert am 9. Dezember 2010 ihren achtzigsten Geburtstag. Wir alle wünschen ihr alles Gute und dass sie weiterhin bei uns und mit uns bleibt, denn eine Welt ohne solche mutige und empathische Menschen wäre eine arme und bemitleidenswerte Welt.

Die Deutschen, die ihr Preise verliehen und ihre Bücher verlegen und kaufen, tun sich schwer mit einer solchen jüdischen Dissidentin. Wir Juden sind stolz auf sie und auf ihr Werk.

Felicia – Ad Meaessrim! Bis 120!
Quelle: Palästina-Portal





Kubanische Ärzteteams in Haiti. Foto UNO

Medizinische Hilfe in den entlegensten Hügeln An der Seite Haitis

Ende November/Anfangs Dezember setzte sich der ehemalige kubanische Staatspräsident Fidel Castro in seinen nahezu täglichen Spaltenmehrmals mit der Situation auf Haiti nach Erdbeben, Hochwasser und Cholera-Epidemie auseinander. Wir dokumentieren Auszüge aus seinen fast tagesbuchmässigen Betrachtungen.

Von Fidel Castro

Vor wenigen Monaten, am 26. Juli 2010, hat mich Lucius Walker, Leiter der US-amerikanischen Organisation Pastors for Peace, bei einem Treffen mit kubanischen Intellektuellen und Künstlern gefragt, welches die Lösung für die Probleme von Haiti sein könnte.

Ohne eine Sekunde zu zögern, habe ich ihm geantwortet: «In der Welt von heute gibt es keine Lösung für das Land, Lucius; in der Zukunft, von der ich spreche, gibt es sie. Die Vereinigten Staaten sind ein grosser Hersteller von Lebensmitteln, sie können 2 Milliarden Menschen versorgen, sie hätten die Fähigkeit, erdbebenfeste Häuser zu bauen; das Problem besteht in der Art und Weise, wie die vorhandenen Mittel verteilt werden. In dem Gebiet von Haiti muss sogar bis auf die Wälder alles wiederhergestellt werden; aber in der jetzigen Weltordnung ist das nicht lösbar.»

Lucius bezog sich auf die Probleme jenes bergigen, überbevölkerten Landes, das bar an Bäumen, Brennstoffen zum Kochen, Nachrichtentechnik und Industrien ist und eine hohe Analphabetenrate ausweist, wo es Krankheiten wie Aids gibt und das von UN-Truppen besetzt ist.

(...) Der gutmütige und humanitäre Führer der Pastors of Peace verstarb eineinhalb Monate später, am 7. September, im Alter von 80 Jahren, und hinterliess vielen US-Amerikanern den Keim seines Beispiels.

Die zusätzliche Tragödie war noch nicht aufgetaucht: die Cholera-Epidemie, die am 25. Oktober schon über 3 000 Fälle zu verzeichnen hatte. Zu solch schlimmem Unheil kommt hinzu, dass am 5. November ein Hurrikan das Land heimsuchte und Überschwemmungen und Überflutungen der Flüsse verursachte.

(...) Wie bekannt, bildet unser Land schon seit gewisser Zeit ausgezeichnete haitianische Ärzte aus und leistet im Bruderland Haiti selbst seit vielen Jahren Gesundheitsdienste. Es gab ernsthafte Probleme auf diesem Gebiet und von Jahr zu Jahr wurden Fortschritte erreicht. Niemand konnte ahnen, dass ein Erdbeben stattfinden würde, dass über 250 000 Menschen töten und unzählige Verletzte und Verwundete verursachen würde, da es keine Vorgesichte diesbezüglich gab. Angesichts dieses unerwarteten Schicksals haben unsere internationalistischen Ärzte ihre Anstrengungen verdoppelt und sich ohne Pause ihrer Arbeit gewidmet.

Inmitten der harten Naturkatastrophe entfesselte sich vor knapp einem Monat die starke Cholera-Epidemie, und wie wir schon gesagt haben, unter diesen derart ungünstigen Umständen traf der Hurrikan ein.

Angesichts der so schwierigen Situation erklärte gestern Valerie Amos, stellvertretende UN-Generalsekretärin für humanitäre Angelegenheiten, dass weitere 350 Ärzte und 2 000 Krankenschwestern benötigt werden, um der Epidemie zu begegnen.

Die Funktionärin rief dazu auf, die Hilfe auch auf ausserhalb von Port-au-Prince auszuweiten, und enthüllte, dass die Versorgung mit Seife und sauberem Wasser nur 10 Prozent der ausserhalb der Hauptstadt untergebrachten Familien erreicht. Wie viele in der Stadt selbst damit versorgt werden können, sagte sie nicht.

Verschiedene UN-Funktionäre haben in den letzten Tagen bedauert, dass die Antwort der internationalen Gemeinschaft auf den Hilferuf zur Begegnung der Situation nicht einmal 10% der mit Dringlichkeit erbetenen 164 Millionen Dollar erreicht hat.

«Amos forderte eine schnelle und dringliche Antwort, um den Tod durch

Cholera von noch mehr Menschen zu verhindern», informierte eine Nachrichtenagentur.

Eine andere Agentur teilte heute mit, dass sich die Zahl der toten Haitianer schon auf «1 523 Personen» beläuft, «66 593 sind behandelt worden, und über eine Million Menschen leben weiterhin auf den öffentlichen Plätzen».

Knapp 40% der Kranken wurden von den Mitgliedern der Kubanischen Medizinischen Brigade behandelt, die aus 965 Ärzten, Pflegefachpersonen und andern Fachleuten besteht, denen es gelungen ist, die Anzahl der Verstorbenen auf weniger als 1 pro 100 Fälle zu vermindern. Mit diesem Behandlungsniveau würde die Zahl der Verstorbenen nicht einmal 700 erreichen. Die Verstorbenen waren normalerweise jene, die aufgrund der Unterernährung und anderer Faktoren äusserst geschwächt waren. Von den rechtzeitig diagnostizierten Kindern ist kaum eines gestorben. (...)

Heute wurde von Partei und Regierung beschlossen, unsere Medizinische Brigade in Haiti mit einem Kontingent von 300 Ärzten und Fachleuten des Gesundheitswesens der Brigade «Henry Reeve» zu verstärken, womit sie insgesamt über 1 200 Mitarbeitende verfügen würde.

26. November 2010
21:58 Uhr

Die kubanische medizinische Mission betreut 37 Einrichtungen zur Bekämpfung der Epidemie, wo sie bis heute 26 040 Cholera-Kranke behandelt hat, zu denen jetzt sofort noch 12 Zentren (das sind dann insgesamt 49) von der Brigade «Henry Reeve» hinzukommen werden. Diese werden über 1 100 Betten in Spezialzelten verfügen, wie sie zu diesem Zweck in Norwegen und anderen Ländern entworfen und hergestellt und mit jenen Geldern zur Begegnung der Erdbebenfolgen erworben wurden, die Kuba von Venezuela zum Wiederaufbau des Gesundheitswesens in Haiti übergeben worden waren.

Heute gegen Abend erreichte uns eine ermutigende Mitteilung von Doktor Somarriba: während der letzten 7 Tage gab es keinen einzigen Sterbefall durch Cholera in den von der kubanischen medizinischen Mission betreuten Einrichtungen. Es wäre unmöglich, jene Kennziffer beizubehalten, da andere Faktoren Einfluss auf dieses Ergebnis haben können, aber die gewonnene Erfahrung, die angebrachten Methoden und das Mass an Aufopferung, die erreicht wurden, vermitteln eine sehr Trost bringende Vorstellung.

Es freut uns ebenfalls, dass Präsident René Preval, dessen Mandat am kommenden 16. Januar ausläuft, die Entscheidung getroffen hat, den Kampf gegen die Epidemie in die wichtigste Tätigkeit seines Lebens zu verwandeln, die er dem Volk von Haiti und der folgenden Regierung hinterlassen wird.

27. November 2010
21:56 Uhr

Gestern betrug die Zahl der von der Krankheit betroffenen Personen insgesamt 75 888, von denen die Kubanische Medizinische Brigade 27 015 Menschen behandelt hat und dabei 254 Todesfälle beklagen musste, d.h. 0.94%.

Die anderen Gesundheitseinrichtungen, d.h. die staatlichen, die der NGO und die privaten, haben 48 875 Menschen behandelt, von denen 1 467 verstorben sind, d.h. 3.0015 %.

Allein heute, am 30. November, hat die Kubanische Medizinische Brigade, zu der übrigens 201 Abgänger der Lateinamerikanischen Medizinschule (ELAM) gehören, 521 Cholerapatienten behandelt, so dass es jetzt insgesamt 27 536 sind.

Am Sonntag, dem 28. November, kamen im Cholerabehandlungszentrum des Bezugs-Gemeindespitals in der Gemeinde L'Estere des Departements Artibonite 18 Personen aus Plateau an, einem der Gemeinde eingegliederten Ort. Sie befanden sich in einem sehr kritischen Zustand und wurden unmittelbar von den dort tätigen 11 Ärzten und 12 Pflegefachpersonen der Kubanischen Medizinischen Brigade behandelt. Glücklicherweise konnte das Überleben von allen erreicht werden.

Am Montag dem 29. November, kamen elf weitere Fälle aus jenem Ort an, darunter ein Kind von fünf Jahren, dessen Eltern an Cholera verstorben waren. Erneut konnte ihr Überleben erreicht werden.

Angesichts dieser Situation beschloss der kubanische Arzt Dr. med. Somarriba, Leiter unserer Medizinischen Mission, ein Geländefahrzeug mit 5 Ärzten, 2 Krankenschwestern, einem Krankenpfleger und einem Fachmann für Rehabilitation mit den notwendigen Mitteln für eine Notbehandlung der Fälle in jenen Ort zu schicken.

Von den fünf Ärzten sind vier Abgänger der ELAM: eine Uruguayerin, ein Paraguayer, ein Nicaraguaner, ein Haitianer, und der Leiter der kubanischen Brigade im Departement Artibonite.

Um in die Gemeinde zu gelangen, führen sie sechs Kilometer auf Landstrassen, marschieren sechs weitere auf unbefestigten Wegen und schliesslich weitere zwei Kilometer über ein schroffes Gelände, und trugen dabei die gesamte Ausrüstung und die Mittel.

Plateau liegt zwischen fünf Bergen und besteht aus einfachen, an drei Punkten konzentrierten Häusern. Seine Einwohnerzahl wird auf circa fünftausend geschätzt. Es gibt weder Strassen, noch Strom oder Ladengeschäfte, wie mitgeteilt wurde, und nur eine protestantische Kirche.

Als sie in Plateau angekommen waren, bot der Pastor ihnen an, in der Kirche selbst das Behandlungszentrum einzurichten, mit sechs Pritschen und vier Kirchenbänken, die die Notaufnahme von 10 Personen ermöglichen.

Heute wurden acht aufgenommen, drei in kritischem Zustand.

(...)

Unsere Ärzte-Mission hat beschlossen, in dieser abgelegenen Gemeinde ein Cholera-Behandlungszentrum zu schaffen, das 24 Betten haben wird. Morgen werden alle notwendigen Ressourcen hingeschickt werden, einschliesslich des Stromaggregats.

(...)

Heute ist niemand verstorben und es wurde noch eine Einrichtung weiter im Norden eröffnet, sodass es insgesamt 38 Zentren und Einrichtungen zur Behandlung der Cholera sind.

Ich gebe diesen Fall wieder, um zu erläutern, unter welchen Umständen und mit welchen Methoden dort der Kampf gegen jene Epidemie geführt wird, die sich mit täglich Dutzenden Verstorbenen schon den 2 000 Todesopfern nähert. (...)

30. November 2010
21:34 Uhr

Gestern, am 4. Dezember, war der 12. Jahrestag der Ankunft der Medizinischen Mission von Kuba in der Republik Haiti. Seitdem haben tausende Ärzte und Fachleute des kubanischen Gesundheitswesens ihren Dienst in Haiti getan. Wir haben mit seinem Volk zu Friedens- und Kriegszeiten, während Erdbeben und Wirbelstürmen zusammengelebt. Wir werden in diesen Zeiten der Intervention, der Okkupation und der Epidemien an seiner Seite stehen.

Der Präsident von Haiti, die zentralen und örtlichen Behörden, unabhängig davon, was ihre religiösen bzw.

politischen Ideen auch seien, wissen, dass sie auf Kuba zählen können.

5. Dezember 2010
20:12 Uhr

Vor circa drei Wochen wurden Nachrichten und Bilder darüber veröffentlicht, wie haitianische Bürger Steine auf die Streitkräfte der MINUSTAH warfen und entrüstet gegen diese protestierten, wobei sie diese beschuldigten, die Cholera über nepalesischen Soldaten ins Land gebracht zu haben.

Wir haben bei den zurzeit in Haiti ihren Dienst leistenden kubanischen Ärzten nachgefragt (...).

Ich führe hier eine straffe Zusammenfassung von dem, was uns Yamila Zayas Nápoles mitteilte, Fachärztin in Integraler Allgemeinmedizin und Anästhesiologie, Direktorin einer medizinischen Einrichtung mit 8 Grundfachrichtungen und den Diagnosemitteln des Projekts Kuba-Venezuela, das im Oktober 2009 im 86 000 Einwohner umfassenden Gemeindegebiet von Mirebalais im Nord-Departement Haitis eingeweiht wurde.

Am Samstag, dem 15. Oktober, wurden 3 Patienten mit Symptomen von Durchfall und schwerer Dehydratation eingeliefert; am Sonntag, dem 16. weitere 4 mit ähnlichen Anzeichen, aber aus ein und derselben Familie, und so wurde die Entscheidung getroffen, sie zu isolieren und das Geschehene der Mission mitzuteilen. Am Montag dem 17. wurden plötzlich 28 Patienten mit ähnlichen Symptomen eingeliefert.

Die Medizinische Mission schickte mit Dringlichkeit eine Gruppe von Fachleuten in Epidemiologie, die Blut- und Stuhlproben entnahmen und Proben des Erbrochenen und Angaben sammelten, die mit Dringlichkeit in die Landeslabors von Haiti geschickt wurden.

Am 22. Oktober wurde von dort informiert, dass der isolierte Bakterienstamm der in Asien und Ozeanien vorherrschenden Krankheit entsprach, welche die schwerwiegendste ist. Die nepalesische Einheit der UN-Blauhelme ist an den Ufern des Flusses Artibonite stationiert, der durch den kleinen Ort Méyè fließt, wo die Epidemie begann, und durch Mirebalais, wo sie sich dann schnell verbreitete.

Trotz der so unerwarteten Art und Weise des Auftretens der Cholera verstarben in dem kleinen, aber ausgezeichneten Spital von den ersten, zu Beginn in isolierten Teilen desselben behandelten 2 822 Kranken nur 13 Menschen, was eine Letalitätssrate von 0,5% bedeutet. Später, als an einem getrennt liegenden Ort das Cholera-Behandlungszentrum eingerichtet wurde, sind von 3 459 Kranken fünf sehr schwere Fälle verstorben, d.h. 0,1%.

Die Gesamtzahl der Cholera-Kranken in Haiti betrug heute, Dienstag, den 7. Dezember, 93 222 Personen, und die Kennziffer der verstorbenen Patienten erreichte 2 120. Bei den von der Kubanischen Mission Behandelten betrug die Rate 0.83%. Die Sterblichkeitsrate in den anderen Spitaleinrichtungen beträgt 3.2%. Mit der erworbenen Erfahrung, den angebrachten Massnahmen und der Verstärkung durch die Brigade «Henry Reeve», hat die Kubanische Medizinische Mission sich vorgenommen, mit Unterstützung der haitianischen Behörden in jeden der 207 isoliert gelegenen Ortsteile zu gelangen, damit keinem der haitianischen Bürger angesichts der Epidemie die medizinische Fürsorge fehlt und viele Menschenleben gerettet werden können.

7. Dezember 2010
18:34 Uhr

Sozial abgesicherte Anpassungen

Kuba: Neue Herausforderungen

Am 1. Oktober diesen Jahres sind in Kuba wirtschaftspolitische Massnahmen in Kraft getreten, die die nationale Ökonomie stärken und langfristig effizienter und produktiver machen sollen. Steffen Niese, in Havanna lebender und arbeitender Doktorand der Politikwissenschaften aus Deutschland, erläutert Chancen und Risiken dieser Beschlüsse.

Von Steffen Niese

Kuba ist wieder einmal verstärkt Thema in den bürgerlichen Medien. Überall tauchen Berichte und Pressemeldungen auf, in denen vor allem über die gegenwärtige wirtschaftliche Situation und die Zukunft des sozialistischen Karibikstaates spekuliert wird. Allerdings werden dabei – wenig überraschend – in der westlichen Presse Erfolgsmeldungen wie der erst kürzlich von einer überwältigenden Mehrheit der UN-Vollversammlung angenommene kubanische Antrag zur Verurteilung der völkerrechtswidrigen US-Blockade weitestgehend ignoriert, während jedes kleinste Lebenszeichen der sogenannten Dissidenten zur vielbeachteten Schlagzeile in den Mainstream-Medien wird. Ähnlich verhält es sich auch im Falle der jüngst von der kubanischen Regierung beschlossenen Umstrukturierung der einheimischen Wirtschaft, die entweder ganz verschwiegen oder bewusst falsch bzw. nur sehr oberflächlich und einseitig dargestellt wird. Tatsache ist, dass sich Kuba momentan in einer Phase befindet, in der es um die Weichenstellung für die zukünftige Entwicklung geht; gerade deshalb ist es nötig und unabdingbar, sich differenziert und objektiv mit den derzeitigen Veränderungen der Wirtschaftspolitik zu befassen, auch, um innerhalb der mit dem kubanischen Sozialismus solidarischen Linken Fehlinterpretationen und Missverständnisse zu vermeiden.

Ökonomischer Hintergrund

Am 1. Oktober diesen Jahres sind in Kuba wirtschaftspolitische Massnahmen in Kraft getreten, die die nationale Ökonomie stärken und langfristig effizienter und produktiver machen sollen. Zu diesen von der politischen Führung des Landes getroffenen Entscheidungen gehören eine Ausweitung des privaten Beschäftigungssektors, die Reduzierung der staatlichen Subventionen auf dem Arbeitsmarkt sowie die Stärkung der landwirtschaftlichen Produktion. Der ökonomische Hintergrund dieser Massnahmen ist die Tatsache, dass die sichtbare Erholung der kubanischen Wirtschaft nach der «Spezialperiode» zu Beginn der 90er Jahre seit einiger Zeit ins Stocken geraten ist. Zu der Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation haben neben dem Fortbestehen der völkerrechtswidrigen US-Blockade in jüngster Zeit die enormen Hurrikanschäden des Jahres 2008 sowie die Krise der Weltwirtschaft beigetragen, die vor allem den devisenträchtigen Exportsektor schwer getroffen hat. Als Folge der gesunkenen Einnahmen aus dem Exportgeschäft sind auch die Einfuhren zurückgegangen und haben die nach wie vor stark von Importen abhängige Wirtschaft empfindlich geschwächt. In Anbetracht dieser Entwicklung hat die kubanische Regierung zahlreiche Beschlüsse gefällt, die das Land künftig weit unabhängiger von ausländischen Lieferungen und externen Einflüssen machen soll.

Um dieses Ziel zu erreichen und auch, um die politische Souveränität weiterhin gewährleisten zu können, wurden vor allem die Steigerung der eigenen Produktivität zur Substituierung von Importen sowie der rationellere Einsatz von Ressourcen als entscheidende Schlüsselmaßnahmen erkannt. Konkret bedeutet dies, dass die bislang nicht von den Einnahmen ge-

deckten staatlichen Ausgaben erheblich reduziert werden und dabei vor allem bis zu einer Million Beschäftigte des staatlichen, hochsubventionierten Beschäftigungssektors in einer neuen Tätigkeit untergebracht werden sollen. Die von diesen Umstrukturierungen und Entlassungen betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen allerdings nicht, wie es der kapitalistischen Logik entsprechen



würde, als «Reservearmee» ihrem Schicksal überlassen bleiben, sondern werden vom sozialistischen Staat zunächst in Abhängigkeit von der Anzahl der Berufsjahre bis zu fünf Monate lang ihr letztes Gehalt zu 100 Prozent weiterbezogen und in dieser Zeit neue Arbeitsangebote unterbreitet bekommen, die eine würdige Weiterbeschäftigung gewährleisten sollen. Diese Parameter einer sozial abgesicherten Reformierung innerhalb des staatlichen Beschäftigungswesens, auch in Kombination mit den nachwievor bestehenden Sozialmassnahmen, wie dem Lebensmittelbezugsheft «Libreta», hat Staatschef Raúl Castro Ruz bei mehr als einer Gelegenheit hervorgehoben, zugleich aber betont, dass sich an erster Stelle die betroffenen Beschäftigten selbst um eine neue Arbeitsstelle bemühen sollten und der Staat nicht in der Lage sei, weiterhin einen so grossen Anteil an subventionierter, aber unproduktiver Beschäftigung bereitzustellen. Und da im staatlichen Bereich die effizient arbeitenden und arbeitskräftesuchenden Unternehmen und Betriebe eher die Ausnahme als die Regel bilden, soll ein Grossteil der von den Entlassungen Betroffenen im privaten Sektor eine neue Anstellung finden. Um den Zugang zu der bisher stark reglementierten und begrenzten «Arbeit auf eigene Rechnung», wie die Privatwirtschaft in Kuba auch offiziell bezeichnet wird, zu erleichtern, wurden zum 1. Oktober zahlreiche bislang ausschliesslich vom Staat kontrollierte Tätigkeiten und Verrichtungen freigegeben. So dürfen nun in 178 Berufen und Berufssparten vor allem in den Bereichen der Gastronomie, des Transportes sowie des Handwerkes Privatpersonen tätig sein. Diese Massnahme hat die Funktion, die bislang staatlich Beschäftigten aufzufangen; zugleich soll sie auch dazu beitragen, den Staat von bisher wahrgenommenen Aufgaben zu entlasten und die bisherigen Defizite vor allem im Dienstleistungsbereich zu vermindern. Auch erhoffen sich die politisch

Verantwortlichen durch die nun erfolgte Legalisierung zahlreicher bisher illegal betriebener Beschäftigungen Mehreinnahmen für den bisher defizitären Staatshaushalt. Eigens zu diesem Zweck wurde die Einführung eines neuen Steuer- und Abgabensystems beschlossen, das diejenigen am Stärksten belasten soll, die auch die meisten Einnahmen zu verzeichnen haben. Bislang gab es für die im privaten Bereich tätigen Personen ein eher uneinheitliches und nicht zwingend an den Einnahmen orientiertes Gebührensystem. Neu ist auch die Tatsache, dass in einigen Berufen vor allem im Bereich der Gastronomie

Angestellte, und nicht nur wie bisher, Familienangehörige beschäftigt werden können. Allerdings müssen für die in diesem Arbeitsverhältnis tätigen Personen Steuern und Sozialabgaben entrichtet werden. Durch diese Massnahme sowie durch die Einführung einer Obergrenze an Beschäftigten soll einer unkontrollierbaren und vom sozialistischen Fürsorgesystem losgelösten Entwicklung entgegenge wirkt werden. Entgegen bisheriger Regelung sollen neuerdings auch die staatlichen Kinderbetreuungsangebote den im privaten Sektor Tätigen zugute kommen.

Insgesamt soll durch diese zahlreichen Neuregelungen sichergestellt werden, dass ein Grossteil der bis zum ersten Quartal des kommenden Jahres vom Arbeitsplatzverlust Betroffenen möglichst rasch in den privaten Arbeitsmarkt integriert werden kann. Da es aber trotz der Bereitstellung von Krediten nicht für alle möglich sein wird in diesem Sektor eine neue Anstellung zu finden bzw. einen Kleinbetrieb zu gründen, soll zudem die Tätigkeit im landwirtschaftlichen Bereich attraktiver gemacht werden. Hierzu wurde bereits vor mehr als einem Jahr die Entscheidung gefällt, dass Neubauern eine Fläche von bis zu 14 Hektar zum kostenlosen Nutzen zur Verfügung gestellt wird. Und obgleich in den letzten Monaten nahezu eine Million Hektar bisher brachliegenden und ungenutzten staatlichen Landes auf diese Weise zur Bearbeitung vergeben wurde, konnten die mit dieser Neuregelung erhofften Zuwächse in der landwirtschaftlichen Produktion noch nicht erreicht werden. Denn trotz intensiver Bemühungen fehlen weiterhin tausende Arbeitskräfte in diesem vor allem für das Ziel der Importsubstitution so wichtigem Agrarsektor und die Hoffnungen sind gross, dass zumindest ein Teil der sich bereits oder demnächst auf Arbeitssuche Befindlichen sich in diesem Bereich engagieren wird. Zur Unterstützung dieses Vorhabens sollen in der nächsten Zeit landesweit

mehr als 1100 Verkaufsstellen für landwirtschaftliche Geräte, Maschinen und Werkzeuge geschaffen werden, in denen sich dann auch die neuen Landwirte mit den für die Arbeit auf dem Land notwendigen Utensilien und Hilfsmitteln ausstatten können.

Aussichten Risiken

Es handelt sich bei den geplanten Stellenstreichungen im staatlichen Sektor, die für viel Wirbel und Irritation gesorgt haben, also keineswegs um eine isolierte Einzelmassnahme, sondern um einen Bestandteil eines ganzen Massnahmenpaketes, das die Wirtschaft langfristig auf sicherere und festere Säulen stellen soll. Auch sind die neuen Regelungen und Verordnungen, die die Ausweitung des privaten Beschäftigungssektors zum

sozialistische Staat jedem Staatsbürger eine Arbeit und ein Einkommen garantiert, auch wenn dieses nicht immer zur Befriedigung aller materiellen Bedürfnisse ausgereicht hat. Nun ist bei den Arbeitsplatzsuchenden auch Eigeninitiative gefragt und es wird sich zeigen, inwieweit die dahingehenden Appelle Früchte tragen und welche Rolle die Gewerkschaften und politischen Massenorganisationen in dieser entscheidenden Phase spielen können. Ein weiterer Faktor, der das bislang trotz bestehender sozialer Unterschiede noch weitgehend intakte gesamtgesellschaftliche Konstrukt aus dem Gleichgewicht bringen könnte, ist ein durch die Ausweitung der privaten Beschäftigungsverhältnisse bedingtes mögliches Entstehen einer neuen Oberschicht. So stellen schon heute die in diesem Sektor Tätigen einen Grossteil der Besserverdienenden dar und haben mit ihrem überdurchschnittlich hohen Einkommen bereits jetzt zu einer Ausdifferenzierung der zuvor relativ egalitären Gesellschaft beigetragen. Einen positiven Effekt dürfte dabei allerdings das vor kurzem beschlossene Steuer- und Abgabensystem haben, mit dem der Staat die Subventionen für die einkommensschwächeren Schichten auch perspektivisch absichern will.

Fazit und Perspektiven

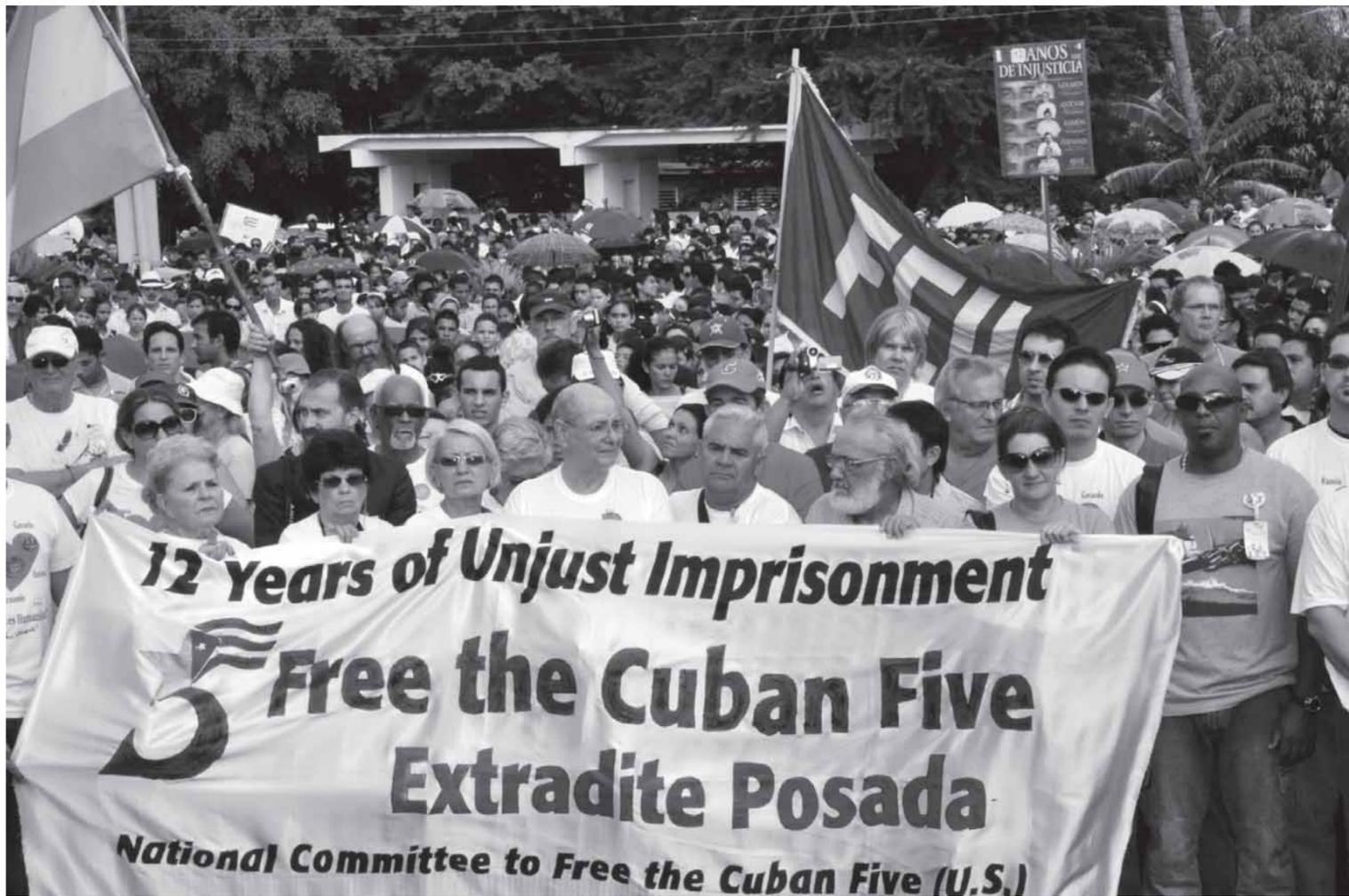
Unabhängig davon, ob und inwieweit sich ökonomische Erfolge einstellen und wie sich die Sozialstruktur der kubanischen Gesellschaft weiterhin entwickeln wird, bleibt festzuhalten, dass mit den angekündigten und zum Teil schon realisierten Reformen ein Weg eingeschlagen wird, der zwar nicht ganz neu ist, aber in dessen Konsequenz es durchaus zu tiefgreifenden Veränderungen in der sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung kommen könnte. Dass Veränderungen vor allem in der Ökonomie dringend nötig sind, hat die politische Führung des Landes längst erkannt und seit längerem wurden offene Diskussionen darüber geführt, wie die Effizienz und Produktivität der Staatsbetriebe gesteigert, der Staatshaushalt entlastet, die Arbeitsmoral erhöht und die nicht zu unterschätzende Korruption und Unterschlagung vermindert werden können. Letztlich ist man zu dem Schluss gelangt, dass sich der Staat künftig nicht mehr um alle Belange der Bürger kümmern kann und muss und die sich daraus ergebende kontrollierte und schrittweise Öffnung für die Privatwirtschaft zudem noch eine Verbesserung der bislang häufig mangelhaften Dienstleistungsangebote mit sich bringen würde. Dennoch kann in keinem Fall von einer Privatisierung oder gar einem Ausverkauf der Revolution gesprochen werden. So soll auch in Zukunft die Wirtschaft nach planwirtschaftlichem Modell organisiert sein und die grossen Betriebe und Unternehmen sollen in Volkseigentum verbleiben. Die sozialen Errungenschaften und die politische Ordnung stehen ebenso wenig zur Diskussion, sondern vielmehr sollen durch die eingeleiteten Wirtschaftsreformen die drängendsten Probleme des Landes wie die Importabhängigkeit, das niedrige Gehaltsniveau und die Existenz zweier Währungen gelöst werden, um den kubanischen Sozialismus auch langfristig zu erhalten. Und vielleicht gelingt es bei diesen Bemühungen ja auch noch, einige neue wichtige Erfahrungen zu sammeln, die für die Frage nach der Organisation der Wirtschaft in zukünftigen sozialistischen Gesellschaften von Bedeutung sein könnten.

Quelle: «Marxistische Blätter» 6-2010 (Neue Impulse Verlag, Hoffnungstrasse 18, 45127 Essen). Mit freundlicher Genehmigung des Autors.

Foto: Martin Söderling, Kubanische Jugendliche an Demo in Holguin, Nov. 2010

Ziel haben, nicht kurzfristige Zwischenlösungen oder gar spontane Einfälle, sondern vielmehr steht hinter den bislang getroffenen Entscheidungen eine geplante Strategie, die sich auf bereits gemachte Erfahrungen zu Beginn der 90er Jahre stützt. In dieser ökonomisch schwierigsten Phase der kubanischen Revolution wurde die seit den 70er Jahren weitestgehend verschwundene «Arbeit auf eigene Rechnung» wieder zugelassen und so der bis dahin omnipotente Staat von nicht dringend notwendigen Aufgaben entlastet und für eine Gruppe der Gesellschaft eine neue Einkommensquelle geschaffen. Die nun beschlossenen Massnahmen knüpfen an diese Politik, die Ende der 90er Jahre wieder etwas in den Hintergrund trat, an und erweitern sie um einige neue Aspekte, wie der nun legalen Beschäftigung von Mitarbeitern und Angestellten. Dass die Entscheidung zugunsten der privaten Tätigkeit heute weit mehr als eine Notlösung ist, zeigt auch die Tatsache, dass der Staat die Rahmenbedingungen für Existenzgründer mittels Krediten, Fachgeschäften und Sozialleistungen entscheidend verbessern will und somit die Hoffnungen auf eine zumindest ökonomisch erfolgreiche Reform der Wirtschaftsstruktur durchaus begründet erscheinen.

Weniger eindeutig hingegen ist die Frage zu beantworten, welche Konsequenzen für die Gesellschaft von den in den nächsten Monaten wohl einsetzenden Veränderungen zu erwarten sind. Besonders wird dabei abzuwarten sein, inwieweit es gelingt, die hunderten tausenden bisherigen Staatsbediensteten möglichst zeitnah wieder in eine sinnvolle Beschäftigung zu bringen. Obgleich zunächst das letzte Gehalt weiter und dem folgenden aller Voraussicht nach eine Art Arbeitslosengeld in Höhe von 60 Prozent des bisherigen Einkommens gezahlt wird, dürfen die sozialen Folgewirkungen der bisher in Kuba wenig bekannten Arbeitslosigkeit nicht unterschätzt werden. Denn bisher hat der



Mehrere Tausend Einwohnerinnen und Einwohner der kubanischen Stadt Holguin forderten am 20. November 2010 gemeinsam mit ausländischen Gästen die unverzügliche Freilassung der fünf Kubaner, die seit 12 Jahren unter fadenscheinigen Anschuldigungen in US-Gefängnissen eingekerkert sind. Foto: Martin Söderling.

Freiheit für die Cuban Five

Hey Mr. Obama: Yes You Can!

US-Präsident Barack Obama solle die sofortige und bedingungslose Freilassung der kubanischen Antiterroristen anordnen, die ungerechterweise in den USA inhaftiert sind, bekräftigte Ricardo Alarcón de Quesada, Präsident der kubanischen Nationalversammlung, in einer Botschaft an die über 350 Teilnehmenden des VI. Internationalen Kolloquium für die Freilassung der Cuban Five und gegen den Terrorismus, das vom 17. – 21. November 2010 in Holguin, dem Hauptort der gleichnamigen kubanischen Provinz, durchgeführt worden ist.

Von G. Veloz Placencia

Diese Forderung müsse den US-Präsidenten Tag und Nacht verfolgen, unaufhaltsam, unermüdet, betonte Alarcón in seiner Ansprache. Der kubanische Parlamentspräsident gab seiner Überzeugung Ausdruck, dass die wachsende Welle der Solidarität das Bewusstsein des US-Staatschefs beeinflussen und ihn zwingen kann, das Unrecht zu korrigieren.

Dass geständige Verbrecher wie Posada Carriles und Orlando Bosch frei durch die Strassen von Miami laufen oder Ehrungen von örtlichen Behörden erhalten, zeuge davon, dass es dort eine Unterstützung des Terrorismus gibt und dass Kuba weiter Ziel von Terrordrohungen ist, meinte Alarcón.

Die Teilnehmer des Kolloquiums, unter welchen sich auf eine Schweizer Delegation befand, waren aus 56 Ländern angereist. Sie zogen über die zugunsten der fünf Patrioten durchgeführten bisherigen Aktionen Bilanz und bekräftigten den Willen, die Verbreitung der Wahrheit weiter zu verstärken, damit sich noch mehr Menschen dem Kampf um die Befreiung der Fünf anschließen.

Zu den Rednern gehörte Gloria la Riva, Präsidentin des Nationalen Komitees der USA für die Cuban Five. Sie sprach von der noch laufenden Untersuchung, die der Welt mit ausreichenden Argumenten beweisen kann, dass die Journalisten, die den meisten negativen Einfluss in dem Fall ausübten, von Bundes-Institutionen bezahlte Agenten waren.

Angehörige der gefangenen Patrioten, unter ihnen Mirtha Rodríguez, die Mutter von Antonio Guerrero, Irma Schwerert, die Mutter von René González, sowie Elizabet Palmeiro, die Ehefrau von Ramón Labañino,

übermittelten ihre Dankbarkeit für die geleistete Unterstützung.

Nach einer Kundgebung mit mehreren Tausend Jugendlichen und Einwohnern aus Holguin verabschiedete das Kolloquium folgende Erklärung:

Abschlussklärung

Die seit sechs Jahren in Holguin stattfindenden Kolloquien haben die Bedeutung und die wachsende Solidarität aufgezeigt, die diese kolossale Ungerechtigkeit bei Tausenden solidarischen Freunden hervorruft.

Zusammengenommen betragen die Urteile gegen unsere Fünf Brüder zwei lebenslange und 99 Jahre Haft. Die gesetzlichen Möglichkeiten laufen aus. Ebenso hat man den Familienmitgliedern die Mehrfachvisa verweigert, wie auch die humanitären Visa für Olga und Adriana.

Wären die Fünf die ungerechte Haft verbüssen, werden hinreichend bekannte Terroristen, wie Orlando Bosch Ávila in Universitäten Miamis

geehrt und Luís Posada Carriles wurde lediglich bestraft, weil er die US-Einwanderungsbehörden belogen hat und nicht als Terrorist und verantwortlich für den Tod Tausender Unschuldiger Menschen.

Die kürzlich abgegebenen Erklärungen des internationalen Terroristen Francisco Chávez Abarca, rechte Hand von Luís Posada Carriles, der am 1. Juli in Venezuela gefangen genommen und an Kuba ausgeliefert wurde, enthüllen die Pläne, die sie von den USA aus vollkommen ungestraft gegen die Insel, Venezuela und andere Länder der Region schmieden.

Das Ausbleiben einer Beantwortung des Antrages auf Auslieferung des Verbrechers Luis Posada Carriles an Venezuela, der von der bolivarianischen Regierung vor über fünf Jahren gestellt worden ist und die Ablehnung der Auslieferung von Roberto Guillermo Bravo, Verursacher des Mordes von 16 politischen Gefangenen, an Argentinien, zeigt uns die wirkliche Tragweite der Handlungsweise der Regierung der USA, die weder das Recht hat, von Menschenrechten, noch vom Kampf gegen Terrorismus zu reden und unrechtmässig die Fünf über 12 Jahre in Gefangenschaft hält, während die Terroristen frei durch die Strassen von Miami spazieren.

An diesem Internationalen Kolloquium nahmen über 350 Delegierte aus 56 Ländern teil. Der Fall der Fünf hat ein vollkommen politisches Ausmass und nur die internationale Solidarität kann ihre Rückkehr in die Heimat und in den Schoß ihrer Familien erreichen. Wir sind uns der Dringlichkeit der Etappe, in der wir uns befinden, bewusst. Daher ist es von grundlegender Bedeutung, die Aktionen während der letzten zwei Jahre der ersten Regierungszeit Obamas zu intensivieren.

Wir müssen fester denn je zusammenstehen und die Aktionen von Tausenden von Händen vervielfältigen, damit sie sich zu einer Faust erheben, und die über 300 Solidaritätskomitees in 111 Ländern für ihre Befreiung stärken.

Aufruf

Die über 350 Delegierten aus über 50 Ländern auf diesem VI. Internationalen Kolloquium für die Freiheit der Fünf und gegen den Terrorismus rufen dazu auf:

1. Erweiterung der Arbeit mit Parlamentariern, Gewerkschaftern, Vertretern religiöser Vereinigungen, Persönlichkeiten und sozialen Bewegungen; Intensivierung der Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten in den USA. Herbeiführung von Erklärungen des Europaparlaments, Parlamentariern. Nutzung der verschiedenen Erklärungen, Meinungsäußerungen und anderer Dokumente, die bereits von Parlamenten verabschiedet worden sind.

2. Nutzung des jüngst von Amnesty International über die Fünf herausgegebenen Dokuments in allen geeigneten Möglichkeiten, es besonders an Mitglieder der US-Regierung schicken. Desgleichen mit der Entscheidung der Arbeitsgruppe der UNO über Willkürliche Verhaftungen verfahren.

3. Fortsetzung der Mobilisierung zu internationalen Veranstaltungen für Solidarität mit den Fünfen vom 12. September (Jahrestag ihrer Verhaftung) bis 8. Oktober mit Schwerpunkt den 6. Oktober, der von Kuba als Gedenktag an die Opfer des Terrorismus deklariert wurde, und zum 8. Juni, Jahrestag des rechtswidrigen Schuldpruches über die Fünf.

4. Schaffung neuer Formen der Öffentlichkeitsarbeit, damit die Wahrheit Jeder und Jedem zugänglich gemacht wird und Verbreitung des Falles der Fünf in den breitesten sozialen Kreisen.

5. Durchführung einer Internationalen Konferenz in Washington, die Persönlichkeiten der USA und verschiedener Länder zusammenführt, die von Präsident Obama fordern:

«Nutzung seiner Entscheidungsmöglichkeit zur Gewährung der Freiheit für die Fünf. Beendigung der mörderischen Blockade gegen Kuba. Respektierung des Willens der Völker der Welt».

6. Forderung, Mehrfachvisa für alle Familienmitglieder und besonders für Olga Salanueva und Adriana Pérez zu erteilen. Appell an die Internationale Kommission für das Recht auf Familienbesuche; an Michelle Obama als Frau und Mutter; und Fortsetzung der

Unterstützung der Initiativen und Aktionen der Komitees.

7. Verbreitung und Stimulierung der Forderung nach Freiheit für die Fünf durch Künstler, Persönlichkeiten und Meinungsträger (...). Gewinnung eines bekannten Sängers, der bereit ist, ein Lied über die Fünf zu schreiben und in verschiedenen Teilen der Welt Sänger suchen, die dieses Lied interpretieren.

8. In nordamerikanischen Universitäten und in anderen mit bekannten Juristen Konferenzen über den Fall der Fünf organisieren.

9. Beibehaltung der Information an «cubainformacion» über die realisierten Aktivitäten, damit die gegenseitige Unterstützung in den Aktivitäten möglich ist.

10. Erhöhung der Nutzung von Kommunikationsnetzen, wie Twitter, Facebook, Blogs, elektronische Post, Radioverbindungen, Fernsehkanäle und Internet.

11. Organisation von Demonstrationen, Konzerten, Theateraufführungen, Ausstellungen, Wettbewerben und Aktivitäten, die den Fall der Fünf erläutern und die Solidarität fördern, sowie alle möglichen kulturellen Räume. Stimulierung von Sportveranstaltungen, wie Marathonläufe, Baseball- oder Fußballspiele u. a.

12. Entlarvung der Straffreiheit und die Doppelsinnigkeit einer Regierung, die sich als im Kampf gegen den Terrorismus bezeichnet, während sie internationale Terroristen wie Posada Carriles behütet und ihnen Schutz gibt.

Forderung nach Beendigung der Straffreiheit, Abschaffung der terroristischen Organisationen mit Sitz in Miami und Prozesse und Verurteilung der Mörder unserer Völker.

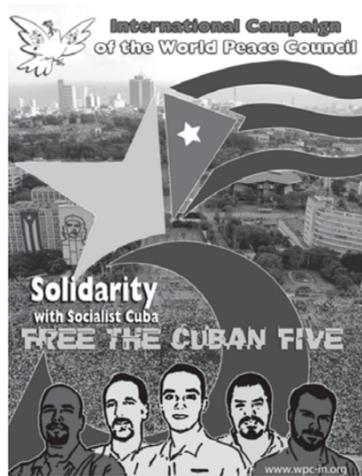
13. Vervielfältigung der Dokumentation «Razones de Cuba», die die Aussagen des internationalen Terroristen Francisco Chávez Abarca enthält, um alle Formen des Terrorismus gegen Kuba und unsere Völker zu entlarven.

14. Nutzung der Digitalisierung der neuen graphischen Darstellung der Fünf, um ihre Reproduktion in verschiedenen Ländern zu erweitern.

15. Einen Appell in den Weltfestspielen der Jugend und Studenten in Südafrika starten zur Unterstützung der weltweiten Forderung an Präsident Obama, die Fünf kubanischen Helden unmittelbar und bedingungslos freizulassen.

«Schluss der Ungerechtigkeit, Freiheit jetzt!»

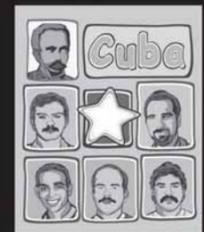
Holguin, Kuba, 20. November 2010
Übersetzung: Basta Ya!



Plakat des Weltfriedensrates fordert die Freilassung der fünf Kubaner.

Martin Schwander

Insel der Solidarität



Texte zu Kuba 1975 – 2010

Das 116 Seiten starke Büchlein «Insel der Solidarität» vereinigt Texte, die UW-Redaktor Martin Schwander zwischen 1975 und 2010 zu kubanischen Themen publiziert hat. Es ist den Cuban Five gewidmet und im November 2010 in der deutschen Edition Octopus erschienen.

Für Fr. 12.– zu beziehen bei Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel, Tel. 061 261 02 89.

Klein aber fein: Schweizerische Hilfswerke in Somalia

Aufbauhilfe statt Zerstörung

In Somalia findet neben dem Krieg auch ein ziviles Leben statt. In der Stadt Merka, südlich von Mogadiscio, an der Küste des Indischen Ozeans, arbeiten zwei schweizerische Organisationen, Swisso Kalmo und New Ways/Neue Wege.

Von Heinrich Frei

In Somalia herrscht seit 1991, seit dem Sturz des Diktators Siad Barre, Krieg; Hunger und Elend gehören zum Alltag. In diesem Jahr waren etwa 1,4 Millionen Menschen in Somalia intern vertrieben, dies bei einer Bevölkerung von etwa 9,1 Millionen. Weitere Hunderttausende flohen in Flüchtlingslager in den Nachbarländern, nach Kenia, sie flüchteten auch in Staaten der Arabischen Halbinsel, nach Nordamerika oder Europa.

Enttäuschte Hoffnungen

Waffen fehlen heute in Somalia nicht, sie werden von überall, auch von den USA und Europa angeliefert. Die

rem Mann Nur Scecdon ins Leben gerufen. Sie arbeiteten beide seit 1988 in Somalia, mit grosser Unterstützung der Schwestern und Brüdern von Magda in der Schweiz. Ab 1993 arbeitete Magda und Nur auch mit Verena Karrer zusammen, einer Arbeitskollegin von Magda, die auch nach Merka gekommen war.

Am 25. April dieses Jahres ist Magda Nur-Frei an Krebs gestorben. Dies war ein grosser Verlust für das Hilfswerk, für die Angehörigen, für Freunde und Bekannte. Swisso Kalmo arbeitet aber weiter.

Im Tuberkulose Spital von Swisso Kalmo in Merka werden 82 Tuberkulose Patienten stationär betreut und 30 ambulant pro Tag behandelt. In die-

treten, weil ihre Familien Schutz in Flüchtlingslagern in Kenia suchten. 240 Kinder der ärmsten Familien erhalten dreimal wöchentlich eine warme Mahlzeit. Wegen der sehr prekären Platzverhältnisse muss in einer Morgen- und einer Nachmittags-schicht unterrichtet werden.

Sekundarschule

Die Sekundarschule von New Ways, die vier Jahre dauert, besuchen 505 Schüler, wovon etwa ein Drittel Mädchen sind. Es sind oft auch junge Frauen und Männer, die älter als 18 Jahre alt sind die diese Sekundarschule besuchen. Im Laufe des Schuljahres haben 124 Knaben und 41 Mädchen das Schuljahr aus unterschiedlichsten Gründen abgebrochen. 75 Jugendliche, die aus umliegenden Dörfern stammen, mussten die Schule aus ökonomischen Gründen verlassen.



Andrang vor dem New Ways-Gesundheitsposten Ambe Banaan. Foto zvg.

Hoffnungen, die anfänglich auf den neuen Präsidenten der Übergangsregierung, Sharif Sheikh Ahmed, gesetzt wurden, der seit anfangs 2009 im Amte ist, haben sich nicht erfüllt: Die Situation hat sich unter seiner Regierung nicht verbessert. Heute steht der grösste Teil Somalias unter der Kontrolle von fundamentalistischen islamischen Milizen die gegen die Regierung in Mogadiscio kämpfen. Die Streitenden werden von äusseren Mächten unterstützt, wenn auch nur die Afrikanische Union offen mit Soldaten die Übergangsregierung aktiv stützt. Die EU hat ab Mai 2010 begonnen, etwa 2 000 somalische Soldaten durch EU-Militärberater in Uganda zu trainieren, zur Unterstützung der somalischen Übergangsregierung. Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) kritisierte im letzten Jahr die von den USA geplante Verdoppelung der Militärhilfe. «Somalia braucht keine neue Waffen, sondern mehr Aufbauhilfe und Dialog zwischen den verfeindeten Bürgerkriegsparteien», erklärte GfbV-Afrikareferent Ulrich Delius.

In Somalia findet neben dem Krieg aber auch ein ziviles Leben statt. In der Stadt Merka, südlich von Mogadiscio, an der Küste des Indischen Ozeans, arbeiten heute zwei schweizerische Organisationen, Swisso Kalmo und New Ways. Die islamischen Milizen von Al Shabaab beherrschen heute jedoch auch Merka. Sie mischen sich immer wieder in Angelegenheiten der Hilfswerke ein. Aber im Gegensatz zu Mogadiscio finden in dieser Stadt keine Kämpfe statt.

Swisso Kalmo

Swisso Kalmo wurde von der Krankenschwester Magda Nur-Frei und ih-

sem Sommer konnte der Tuberkulose Spital von Swisso Kalmo sogar in ein neues Gebäude am Stadtrand von Merka verlegt werden. Mit Hilfe des Global Fund und der tatkräftigen Unterstützung des somalischen Arztes Dr. Hersi in Nairobi konnte dieses neue Tuberkulose Spital gebaut und finanziert werden.

New Ways

Die Tätigkeit des Fördervereins Neue Wege in Somalia, in Merka, geht auf Frau Verena Karrer zurück. Frau Karrer, eine Hebamme und Lehrerin für Krankenpflege aus Zürich-Oerlikon arbeitete nach ihrer Pensionierung, seit 1993, bis zu ihrem tragischen Tod im Jahre 2002 in der somalischen Stadt Merka. Heute bestehen ihre Werke die sie in Merka aufgebaut hat weiter.

Der Förderverein betreibt in Merka ein Ambulatorium, eine Primar- und Sekundarschule und im Dorf Ambe Banaan einen Sanitätsposten. Das Ambulatorium und der Sanitätsposten in Ambe Banaan wird seit kurzem, versuchsshalber, von der Organisation Médecins du Monde (MdM) betrieben. MdM führt in Merka schon zwei weitere Ambulatorien.

Primarschule

In der Primarschule von New Ways haben sich 264 Mädchen und 264 Knaben eingeschrieben. 63 Kinder sind während des Schuljahres ausge-

Weitere Infos

Wer sich genauer informieren möchte, findet Informationen unter www.swisso-kalmo.ch und www.nw-merka.ch



Gesundheit braucht Frieden

Unter der Moderation von Linda Muscheidt stellten am 21. September im Basler Volkshaus auf Einladung der Schweizerischen Friedensbewegung Prof. Dr. med. Andreas Nidecker von den Internationalen Ärzten gegen den Atomkrieg, Dr. med. Martin Herrmann von mediCuba Suisse, Jochi Weil von medico international schweiz/CSS Zürich und Dr. hc. Daniel G. Hueskes vom Hilfswerk «Den Kindern eine Chance geben» die Arbeit ihrer Organisationen vor und diskutierten über die Rahmenbedingungen für eine weltweit nachhaltige Gesundheitspolitik.

Auf der Foto von links: Jochi Weil, Daniel Hueskes, Linda Muscheidt, Andreas Nidecker und Martin Herrmann. Foto zvg.

Historische Chance

Schutz vor Waffen

In jedem dritten Schweizer Haushalt gibt es heute mindestens eine Schusswaffe. Die grosse Mehrheit davon sind Militärwaffen. Jährlich kommen in der Schweiz rund 300 Menschen durch Schusswaffen ums Leben. Das sind 300 zu viel.

Von Antoinette Mächtlinger

«Schon die Drohung mit der Waffe im Schrank kann Familien das Leben zur Hölle machen – ganz zu schweigen von den Fällen, in denen die Waffe tatsächlich eingesetzt wird. Zahlreiche Studien belegen: Je mehr Schusswaffen im Umlauf sind, desto öfter kommt es im Affekt zu Morden und Suiziden. Weniger Waffen bedeuten mehr Sicherheit, tödliche Kurzschluss-handlungen können verhindert werden.» (Initiativkomitee Schutz vor Waffengewalt)

Am 13. Februar 2011 bietet sich per Volksabstimmung die Chance, die Militärwaffen ins Zeughaus zu verdammen, ein eidgenössisches Waffenregister und einen Bedarfs- und Fähigkeitsnachweis einzuführen: Wer eine Waffe will, muss den Bedarf nachweisen und die entsprechenden Fähigkeiten mitbringen. Überflüssige Waffen werden aus dem Verkehr gezogen. Die entsprechende Initiative wurde im Februar 2009 eingereicht.

Das ist noch nie dagewesen: dass die Gegner einer Initiative kein einziges Argument vorbringen konnten! Unsere Justizministerin hat dargelegt, warum der Bundesrat die Initiative ablehnt. Begründung: Im Vorfeld der Abstimmung seien die Gefahren (!), die durch das gültige Waffengesetz entstehen können, schon deutlich verringert worden. Dann folgte eine Aufzählung der Verbesserungen, wie zum Beispiel die Möglichkeit, die Ordnungswaffen kostenlos im Zeughaus zu deponieren. (Von dieser Möglichkeit werden potenzielle Gewalttäter und Selbstmörder besonders profitieren.)

Der Bundesrat hat es ja auch wirklich nicht leicht. Mit welchem Slogan soll er die Kampagne führen? «Eine Waffe zum Schutz in jede Schweizer Familie!»? Da es keine Argumente gibt, wird den Gegnern nichts anderes übrigbleiben, als sich auf die Initian-



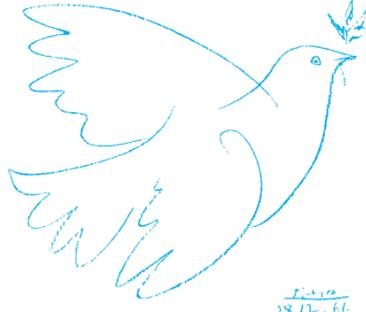
ten einzuschüssen. Sie seien Linke und wollten die Armee abschaffen. Das dürfte ihnen aber schwerfallen angesichts der breiten Unterstützung der Initiative durch unterschiedlichste Gruppierungen wie Psychiater-, Ärzte- und Kirchenverbände, bis zu organisierten Polizisten.

Am 15.10. haben sich die Delegierten der beteiligten Gruppierungen (damals 77) zu einer Vollversammlung des Trägervereins getroffen. Unsere realistische Einschätzung: Diese Abstimmung können wir gewinnen, denn die Argumente haben WIR! Aber wir haben sehr wenig Geld. Unser bescheidenes Budget wird durch die Beiträge der beteiligten Organisationen bestritten. Es reicht nicht einmal für einen Plakataushang, sollte aber eine 60%-Stelle für die Koordinator ermöglichen. Alle Organisationen sind aufgefordert, den Mitgliederbeitrag 2011 noch dieses Jahr an den Trägerverein abzuliefern.

Die Kampagne ist eröffnet! Jetzt ja nicht das Sturmgewehr ins Korn werfen! Jetzt überall das Ziel der Initiative aufzeigen: Es geht um den Schutz der Familien, der Frauen und Kinder!



ISSN 1423-6826
sfb@bluewin.ch
www.friedensbewegung.ch



Unsere Welt

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

«Unsere Welt» erscheint bis sechsmal jährlich.
Auflage: 10 000
Herausgeber: Schweiz. Friedensbewegung,
Postfach 2113, CH-4001 Basel
Tel. 061/681 03 63, Fax 061/681 76 32
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Toni Mächtlinger,
Ruedi Moser, Louise Stebler, Martin Schwander
E-Mail: sfb@bluewin.ch
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken.
PC: 40-1627-7
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.
Wie kann man helfen?
Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen.

Senden Sie mir gratis Exemplare «UNSERE WELT».

Senden Sie diesen Talon an:
SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ, Ort: _____



Mumia Abu Jamal – politischer Gefangener der USA

29 Jahre Todestrakt

Freiheit für Mumia!

Wir dokumentieren den Aufruf des deutschen Schauspielers Rolf Becker zur Teilnahme an einer Kundgebung vom 11. Dezember 2010 in Berlin für die Freilassung des US-Bürgers und politischen Gefangenen Mumia Abu Jamal.

Von Rolf Becker

Seit 29 Jahren sitzt ein Journalist im Todestrakt – weil er gewagt hat, laut zu sagen, was ist.

Seit 29 Jahren ist ein Mensch von seinen Angehörigen isoliert – weil Gefangene in seinem Land kaum Rechte haben.

Seit 29 Jahren ist ein Afroamerikaner ständig vom Tod bedroht – weil die Todesstrafe das letzte Mittel einer untergehenden Gesellschaftsordnung ist.

Der Gefangene heisst Mumia Abu-Jamal, der Ort liegt im US Bundesstaat Pennsylvania nahe dem kleinen Ort Waynesburg. Eine von der Regierung betriebene Gefängnisfabrik produziert dort jährlich ca. 50 Millionen US-\$ Profit durch Zwangsarbeit. Inmitten dieser Fabrik ist ein Hochsicherheitstrakt, in dem knapp 250 Menschen unter weitestgehender Isolation auf das Ende ihres Lebens warten. In 6m² kleinen Zellen haben sie nur eine einzige Gewissheit: dass sie diese Mauern nicht lebend verlassen werden. Manche von ihnen kennen sogar schon den Tag, an dem sie sterben werden.

In einem Land, in dem 80% der Bevölkerung europäischen Ursprungs sind, leben in den vergessenen Todestrakten der Supermax Gefängnisse überwiegend AfroamerikanerInnen sowie Native Americans, Hispanics oder AsiatInnen. Gerade mal 34% der Gefangenen entstammen der Bevölkerungsmehrheit.

In den Gefängnisfabriken, die über die gesamten USA verteilt sind, sieht es ähnlich aus. Der Gefängnisindustrielle Komplex ist einer der grössten Binnenwirtschaftszweige der USA. Das Verfügen über nahezu unbezahlte Arbeitskraft war der historische Motor für den Aufbau der nordamerikanischen Kolonien. Die nach der Gründung der USA auch formal institutionalisierte Sklaverei wurde 1865 offiziell abgeschafft – real existiert sie bis heute in der Gefängnisindustrie weiter. Kein Land

der Erde inhaftiert momentan mehr Menschen als die USA, weder prozentual noch nach konkreten Zahlen. Die Todesstrafe als ultimative Bedrohung garantiert dabei das Stillhalten der eingeschüchterten Bevölkerung.

Für einen untergeschobenen Polizistenmord wurde Mumia Abu-Jamal zum Tode verurteilt. Real jedoch, weil er konsequent über Rassismus, Polizeigewalt und behördliche Korruption berichtete. Das macht er bis heute und erreicht damit inzwischen trotz Isolation Millionen Menschen. Er gibt all denen eine Stimme, die in den Medien in der Regel ignoriert werden. Nach jahrzehntelangen erfolgreichen Protesten versucht die Regierung zur Zeit erneut, seine Hinrichtung doch noch durchzusetzen.

Politische Justizwillkür kennzeichnete ebenfalls die Verurteilungen von Leonard Peltier für dessen Engagement im American Indian Movement (A.I.M.) sowie den Cuban Five, welche den von US Geheimdiensten gedeckten Terror gegen Cuba verhindern wollten. In den USA sitzen laut Menschenrechtsgruppen momentan weit über 100 Gefangene allein wegen ihrer politischen Anschauungen ein. Anti-Repressionsgruppen gehen sogar von über 4000 aus.

Wir wissen um die sterilen Gänge und Zellen, in denen Menschen, deren einzige Schuld es meistens ist, sich keine angemessene Verteidigung leisten zu können, auf ihr gewaltsames Lebensende warten.

Wir wissen um die Kraft, welche Post, Berichte über Solidaritätsproteste oder Haftbesuche in diese sterilen Mauern des Todes tragen.

Wir stehen zusammen mit Mumia Abu-Jamal und allen anderen, die von der Todesstrafe bedroht sind. Kein Staat hat das Recht, Gefangene zu ermorden!

(...)
Freiheit für Mumia Abu-Jamal!
Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Abschaffung der Todesstrafe weltweit!

Weltfriedensrat tagte in Brüssel

Friedenskampf intensivieren

Am 11./12. Oktober 2010 trafen sich in Brüssel auf Initiative des Weltfriedensrates (WFR) 40 Friedenskämpferinnen und -kämpfer aus 29 Ländern und 31 Friedensorganisationen zu einem regionalen Gedankenaustausch. Die Schweizerische Friedensbewegung (SFB) wurde vertreten durch Margrit Kaltenbach.

Geleitet wurde die Tagung von Iraklis Tsavdaridis, dem Exekutivsekretär des Weltfriedensrates, und Rui Namorado Rosa, dem Präsidenten des Portugiesischen Rates für Frieden und Zusammenarbeit (CPPC). Neben Berichten aus verschiedenen Ländern Europas standen insbesondere die NATO und die Militarisierung der EU im Zentrum der Debatten, und die Delegierten wurden aus erster Hand über die Aktionen rund um den NATO-Gipfel von Lissabon informiert. In einer Resolution begrüsst sie die Initiativen der portugiesischen Bevölkerung und insbesondere des CPPC gegen die Abhaltung des Gipfels und riefen zur Teilnahme an der Grosskundgebung vom 20. November in der portugiesischen Hauptstadt auf.

Auch das Sekretariats-Treffen des Weltfriedensrates, das unmittelbar nach dem regionalen Treffen stattfand, widmete sich dem NATO-Gipfel. In Ansprachen von Thanassis Pafilis, WFR-Generalsekretär, und Maria do Socorro Gomes, der brasilianischen Präsidentin des Weltfriedensrates und früheren Bundesabgeordneten wurde der Focus zudem auf den weltweiten Kampf gegen Militärstützpunkte gelegt. «Der Weltfriedensrat muss im Kampf gegen imperialistische Kriege, für eine neue Weltordnung, für die Unabhängigkeit unterdrückter Völker und Nationen, für eine Welt ohne Atomwaffen und Militärstützpunkte eine wichtigere Rolle spielen», rief Socorro Gomes die WFR-Mitgliedsorganisationen auf. «Mehr denn je müssen wir sämtliche Kampagnen gegen die NATO, die Vierte Flotte, AFRICOM und Militärbasen, für den Rückzug der imperialistischen Truppen aus dem Irak und aus Afghanistan, für die Beendigung sämtlicher Besatzungssituationen unterstützen.»

Am Rande des WFR-Treffens dankte sich der Präsident der Kubanischen Bewegung für Frieden und Souveränität der Völker, José Ramón Rodríguez, bei der Schweizerischen Friedensbewegung für eine Spende von Fr. 2000.–, mit der sie einen PC, zwei Laptops und einen Drucker angeschafft hätten.

Solidarität und Freiheit für die kubanischen Fünf

Der Weltfriedensrat (WFR) startet eine Solidaritäts-Kampagne zur Unterstützung der Cuban Five, die zu Unrecht bestraft worden sind und in US-Gefängnissen gefangen gehalten werden (zur internationalen Bewegung für die Freilassung der Fünf siehe auch Seite 6).

Unter der Losung «Solidarität mit dem Sozialistischen Kuba – Freiheit für die Cuban Five» fordert der WFR alle friedliebenden Organisationen und Kräfte der Welt auf, sich gemein-

sam mit dem Weltfriedensrat für die Befreiung der fünf Kubaner einzusetzen.

Mehr als zwölf Jahre lang seien die Menschenrechte der Fünf und ihrer Familien aufs Gröbste verletzt worden, meint der WFR in einer Erklärung vom November. Dies demaskiere einmal mehr die Doppelmoral der USA, welche den Terrorismus gegen Drittländer und insbesondere gegen Kuba fördere.

«Die Schamlosigkeit des Obersten Gerichts der USA, die Petition der kubanischen Fünf und insbesondere jene von Gerardo Hernández Nordelo zurückzuweisen, der zu zwei lebenslänglichen Freiheitsstrafen plus 15 Jahren verurteilt worden war, was selbst der Menschenrecht-Rats der Vereinten Nationen angeprangert hat, verweist auf die eigentliche politische Motivation, die hinter dem Urteil steckt: die Haltung der US-Regierung zur kubanischen Revolution», heisst es in der Erklärung des WFR.

Die unmenschliche Situation, in welcher sich die Gefangenen befänden – zweien der Eingekerkerten wurden bisher die Besuche ihrer nächsten Angehörigen verwehrt – müsse ein

Ende finden. Der WFR fordert dazu auf, mit Petitionen und Publikationen, mit Veranstaltungen und Protestaktionen schliesslich jenen Druck aufzubauen, der zur bedingungslosen Freilassung der Cuban Five führen soll. Die Inhaftierung stelle einen Akt der politischen Rache gegenüber Kuba und seiner Revolution dar, was der Weltfriedensrat vehement ablehne.

Die Kampagne des Weltfriedensrates, die auch eine Revision der EU-Position gegenüber Kuba fordert, solle Gelegenheit bieten, die Welt auf die Errungenschaften der kubanischen Gesellschaft hinzuweisen, die seit über fünfzig Jahren einen opferreichen Kampf gegen die Wirtschaftsblockade der USA führt, und auf den solidarischen Beitrag, den sie trotz dieser Umstände für viele Völker der Welt geleistet hat und weiterhin leistet.

Im Mai 2011 soll die Kampagne mit der Durchführung einer Internationalen Konferenz in der kubanischen Provinz Guantanamo ihren Höhepunkt finden. Die Konferenz soll u.a. auch die dortige US-Präsenz und den Missbrauch der Bucht von Guantanamo als Militärbasis mit integriertem Konzentrationslager thematisieren.

«Kuba ist nicht allein! Lang lebe die antiimperialistische Solidarität!», schliesst der Aufruf des Weltfriedensrates.

Yes to Peace! No to Imperialism!

Out with the Foreign Military Bases now!

Global campaign against foreign military bases



World
Peace
Council
www.wpc-in.org

Plakat des Weltfriedensrates ruft zu Aktionen auf: «Ja zum Frieden! Nein zum Imperialismus! Weg mit fremden Militärstützpunkten – Jetzt!»